

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS NR 138 8/2007



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Stätten des Gedenkens in Belarus
Chatyn und Maly Trostinec – Teil 1: Chatyn
Jochen Fuchs, Janine Lüdke, Maria Schastnaya
- 11 Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum
Thomas Stöckle
- 19 Homosexuelle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung:
Kontroverse ums Küssen im Denkmal
Eberhard Zastra
- 23 »Aus der Geschichte lernen?« Zwischenbilanz eines
Projekts zu Möglichkeit und Wegen der Demokratiebildung
in NS-Gedenkstätten
Verena Haug, Imke Scheurich, Gottfried Kößler
- 28 Dr. Gerhard Klopfer – Ein »integrierter und nobler Rechtsanwalt
der alten Schule« ? Wie sich ein Teilnehmer
der Wannsee-Konferenz in der Bundesrepublik integrierte
Markus Heckmann
- 34 Zug der Erinnerung
Hans-Rüdiger Minow, Renate Dreesen
- 40 Veranstaltungen
- 44 Literatur

Stätten des Gedenkens in Belarus

CHATYN UND MALY TROSTINEC - TEIL 1: CHATYN

Jochen Fuchs, Janine Lüdke, Maria Schastnaya

Belarus war bis vor kurzem zwar nicht gerade in aller Munde, hatte aber dennoch anlässlich der dortigen Präsidentschaftswahl im März 2006 zumindest den Sprung auf die meisten Titelseiten der relevanten bundesdeutschen Tageszeitungen geschafft. Die Gedenkstätten des Landes fristen dagegen nicht nur in der internationalen Publizistik eher ein Schattendasein und die Erwähnung der Namen Chatyn bzw. Maly Trostinec¹, welche man im Übrigen – anders als etwa Majdanek oder Sobibor – selbst im 24-bändigen »Brockhaus« (20. Aufl. v. 1996) vergeblich sucht, führt bei den meisten Gesprächspartner zu Stirnrünzeln oder direkten Nachfragen.

Deshalb erscheint vorab eine kurze Klärung angebracht: Bei Chatyn handelte es sich um ein etwa 60 km nördlich von Minsk gelegenes Dorf im zum Minskaja Gebiet gehörenden Bezirk Logojsk, welches am 22. März 1943 von den Nationalsozialisten, konkret dem SS-Sonderbataillon Dirlwanger und dem Schutzmannschafts-Bataillon 118, dem Erdboden gleich gemacht wurde.² 152 Dorfbewohner wurden dabei ermordet, lediglich ein Mann und drei Kinder entkamen dem Massaker. Maly Trostinec liegt gut 10 km südöstlich vom Stadtzentrum Minsk in einer erst seit einiger Zeit unter dem Namen Schabany eingemeindeten Wirtschaftszone. In einem in dieser Gegend errichteten Lager und in dem nahegelegenen Wald von Blagowschtschina³ ermordete man auf unterschiedliche Weise zwischen 1941 und 1943 etliche zehntausend Menschen. Die Zahl der Überlebenden dürfte bei etwa 20 gelegen haben.



Bronzeskulptur des Schmieds Kaminski mit einem toten Kind in den Armen

Die Gedenkstätte Chatyn

Vor über einem Jahrzehnt erschien bereits in dieser Zeitschrift die Schilderung eines Besuchs von Chatyn.⁴ Der Verfasser derselben und Mitarbeiter der pädagogischen Abteilung der Gedenkstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, Stefan Stadler ließ damals in seinem »Schlusswort« zumindest die Möglichkeit anklingen, dass es zu einer Schließung der dortigen Anlage mangels ausreichendem (Besucher-)Interesse kommen könnte. Dies obwohl in der Zeit zwischen der Eröffnung derselben im Jahre 1969 und dem Besuch Stadlers nach den von ihm eruierten Angaben über 32 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland – darunter im übrigen auch nicht nur Staatschefs von zum Zeitpunkt ihres Besuches mit der UdSSR befreundeter Länder wie etwa Fidel Castro, sondern auch führende Repräsentanten lediglich im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition »einst« mit der SU verbündeter Staaten wie etwa Richard Nixon – gezählt worden waren.

Stadlers Befürchtungen haben sich allerdings nicht bewahrheitet. Chatyn stellt heute die zentrale Gedenkstätte Weißrusslands an dessen Opfer im »Großen Vaterländischen

Krieg« dar und sie präsentiert sich ihren Besuchern keineswegs als ein verwaister Ort. Gleichwohl sind ausländische Besuchergruppen inzwischen aber eher rar geworden⁵ – die Zeiten, in welchen im Rahmen von Freundschaftsreisen allein aus der DDR durchschnittlich 400 Menschen den Ort täglich aufsuchten⁶, sind wohl endgültig vorbei.

Der geschichtliche Hintergrund des Ortes Chatyn

Nachdem am 22. Juni 1941 in Ausführung des Barbarossaplanes die Sowjetunion überfallen wurde, gelang es der Wehrmacht bis Ende August 1941 das gesamte Territorium der weißrussischen Sowjetrepublik zu besetzen. Hinter den deutschen Linien setzten erste Partisanenaktionen zwar schon Mitte 1941 ein, doch blieben sie bis zum November 1942 eher vereinzelt. Ab Ende 1942 reihten sich mehr und mehr Menschen in die Reihen der Partisanenabteilungen ein, so dass bis zum Ende des darauf folgenden Jahres mehr als die Hälfte der Sowjetrepublik de facto weitgehend von der Partisanenbewegung kontrolliert wurde. Auf den wachsenden Erfolg der Partisaneneinheiten, insbesondere ab Anfang 1943, reagierte man von deutscher Seite mit einer Verschärfung des Terrors und vermehrten »Kollektivbestrafungen« gegenüber der Bevölkerung, insbesondere der kleinen Ansiedlungen im Rahmen der als »Bandenbekämpfung« bezeichneten Aktivitäten.

Vor diesem Hintergrund ist das Massaker von Chatyn zu sehen: Chatyn wurde zerstört und seine Bewohnerinnen und Bewohner ermordet, nachdem zwei Züge des Schutzmannschafts-Bataillons 118 auf belorussische Partisanen gestoßen waren und sich hatten zurückziehen müssen, wobei der Truppführer des Bataillons fiel. Die Polizeieinheit 118 bestand zu 80 Prozent aus mit den deutschen Faschisten kollaborierenden Ukrainern.⁷ Sie war ursprünglich auf der Basis eines Befehls des Reichsführers-SS Heinrich Himmler vom November 1941 aufgestellt worden und hatte vor ihrer Verlegung nach Weißrussland zum Zwecke der so genannten »Bandenbekämpfung« in Kiew hauptsächlich Wachaufgaben wahrgenommen.

Als am 22. März 1943 die Polizeieinheit vor den Partisanen zurückweichen musste, suchte sie sich Sündenböcke, an welchen sie sich rächen konnte. So verhafteten die »Schutzmannen« auf ihrem Rückzug etliche Waldarbeiter unter dem Verdacht der »Feindbegünstigung« und erschossen einige von ihnen unmittelbar danach »auf der Flucht«.⁸

Zur Unterstützung der beiden Züge des Schutzmannschafts-Bataillons 118 wurde schließlich das SS-Sonderbataillon Dirlwanger⁹ mobilisiert. Dieses Bataillon war aus dem im KZ Oranienburg aufgestellten »Sonderkommando Dirlwanger« hervorgegangen, welchem hauptsächlich als Wilderer verurteilte und andere straffällig gewordene Mitglieder der Totenkopfverbände der SS, später auch eben solche der Waffen-SS und der Wehrmacht angehört hatten. In die nach Oskar Dirlwanger¹⁰ benannten und von diesem geführten Truppe, die 1944 noch bei der Niederschlagung des Warschauer und des Slowakischen Aufstands zum Einsatz kommen sollte, gliederte man im weiteren Verlauf des Krieges nicht nur im KZ »zur Bewährung« angeworbene Männer, sondern auch ukrainische und russische »Hilfswillige« ein. Bei ihren Einsätzen vor allem in der »Bandenbekämpfung« erwies sie sich selbst für SS-Verhältnisse als besonders grausam.

Zusammen machten sich diese beiden Einheiten an die Verfolgung der Partisanen, die sich inzwischen in Richtung Chatyn zurückgezogen hatten. Dort kam es dann zu



Angedeutete Scheune,
Ort der Ermordung der
Bewohner von Chatyn

Kampfhandlungen, bei welchen mehrere Partisanen den Tod fanden – unter ihnen eine Jüdin, die später im Gefechtsbericht als so genanntes ›Flintenweib‹ titulierte wurde. Nachdem es den Kämpfern gelungen war, sich aus der Einkreisung der Nationalsozialisten zu lösen, hielten die Besatzer sich an den Einwohnerinnen und Einwohnern des Dorfes schadlos. Was bei ihnen Begehrlichkeiten jeder Art weckte, wurde entweder auf Fuhrwerke verfrachtet oder aber vergewaltigt. Den Abschluss ihres Einsatzes bildete dann das Massaker. Die ergriffenen Dorfbewohner sperrte man in eine Scheune, welche anschließend in Brand gesetzt wurde. Unter den insgesamt 152 so ermordeten Dörfler waren 76 Kinder.¹¹

Das Massaker von Chatyn stellte keinen Einzelfall dar und derartige Aktionen wurden keineswegs nur in einzelnen Phasen des Krieges und auch nicht nur von irgendwelchen ›Sondereinheiten‹, wie etwa dem ›Kommando Dirlewanger‹, durchgeführt. So notierte etwa der Obergefreite der Wehrmacht Johannes Gerder unter dem Datum des 25. 8. 1941 in sein Tagebuch:

»Wir werfen Granaten in die Wohnhäuser. Die Häuser brennen sehr schnell. Das Feuer geht auf andere Häuser. Ein schöner Anblick! Die Menschen weinen und wir lachen über ihre Tränen. Wir haben auf solche Weise schon etwa zehn Dörfer niedergebrannt.«

Wenige Tage später gibt er zu Protokoll:

»Der 29. August. In einem Dorf haben wir Dutzende uns begegnete (sic!) Menschen gepackt und haben sie zum Friedhof geführt. Wir ließen sie für sich ein geräumiges und tiefes Grab ausgraben. Für die Slaven (sic!) gibt es keine Schonung und es kann sie nicht geben. Der verdammte Humanismus ist uns fremd.«¹²

Dieser Obergefreite und seine Kumpane verhielten sich damit getreu den Anweisungen des von der Wehrmacht herausgegebenen »Merkblatt des deutschen Soldaten«, in welchem es hieß:



Der »Friedhof der Dörfer«

»Du hast kein Herz, keine Nerven, denn im Krieg braucht man sie nicht. Vernichte in dir Mitleid und Mitgefühl, töte jeden Russen, jeden Sowjetischen, halte nicht ein, wenn vor dir ein Greis oder eine Frau, ein Mädchen oder ein Junge sind, töte, so rettest du dich vom Tod, sorgst für die Zukunft deiner Familie und wirst für immer berühmt.«¹³

Chatyn heute und seine Funktion als zentrale Gedenkstätte Weißrusslands

Anders als in den Fällen der Gedenkstätten in Lidice oder Oradour-sur-Glane im Westen Europas steht diese Gedenkstätte nicht (nur) für »sich selbst«, sondern soll gleichzeitig an die weiteren 185 Dörfer, die während der deutschen Okkupation das gleiche Schicksal wie Chatyn erlitten hatten, erinnern. Ferner dient sie auch dem Gedenken an die über 2,2 Millionen belorussischen Toten der Jahre 1941 bis 1944, die die deutschen Faschisten und die ihnen dienenden Kollaborateure auf dem Gewissen haben.

Dies – und natürlich auch der Umstand, dass praktisch nichts übrig geblieben ist, was hätte konserviert werden können – erklärt, dass es sich bei der Gedenkstätte Chatyn heute um eine in erheblichem Umfang gestaltete Anlage handelt, deren Architekten darum bemüht waren, ein breites Spektrum an Symbolen und an Symbolhaftigkeit auf den Besucher wirken zu lassen.

Die Gedenkstätte in ihrer heutigen Erscheinungsform ist erst Mitte 1969 unter Beteiligung von Überlebenden des Massakers und Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges feierlich eingeweiht worden. Nicht nur Weißrussen, sondern auch Delegationen aus anderen Sowjetrepubliken nahmen an diesem Ereignis teil. Ursprünglich hatte sich an ihrer Stelle lediglich ein relativ bescheidener, von einem roten Stern gekrönter Obelisk befunden, dessen näherer Umkreis durch einen einfachen Holzlattenzaun von den Nachbargrundstücken abgegrenzt worden war. Nachdem im Jahre 1966 das ZK der weißrussischen KP den Beschluss gefasst hatte, nicht nur zum Gedenken



Gedenkmauer

an die von den deutschen Faschisten zerstörten Dörfer, sondern auch zur Erinnerung an die für den Sieg über den Faschismus gebrachten Opfer des belorussischen Volkes eine Gedenkanlage zu bauen, wurde im darauf folgenden Jahr ein entsprechender Wettbewerb ausgeschrieben. Diesen gewann ein aus drei Architekten¹⁴ und einem Bildhauer¹⁵ bestehendes Kollektiv, deren Entwurf die Grundlage für die heutige Gestaltung des Geländes bildet. Beginnt man den Rundgang¹⁶ über das Gelände der gut 30 ha großen Gedenkstätte, so fällt als erstes eine mehrere Meter hohe Bronzeskulptur ins Auge, die den einzigen erwachsenen Überlebenden¹⁷ des Massakers, den Schmied Kaminski,¹⁸ darstellt, der in ungebeugter Haltung die Leiche eines Kindes – seines Sohnes – in den Armen hält (Bild S. 3).

An der Stelle, an welcher einst die Scheune des Kolchos gestanden hatte, die zusammen mit den in ihr eingeschlossenen Dorfbewohnern niedergebrannt worden war, findet sich dann eine monumentale Konstruktion, die einer solchen nachempfunden ist (Bild S. 5). Ihr gegenüber liegt der Ort des eigentlichen Massengrabes, auf welchem folgender Appell »an die Nachgeborenen« zu lesen ist:

»Liebe Menschen, seid dessen eingedenk,
 dass wir das Leben, unsere Heimat und euch lieben,
 geliebt haben.
 Wir sind lebendig im Feuer verbrannt.
 Unsere Bitte an alle:
 Mag sich unsere Trauer und unser Leid in euren Mut
 und eure Kraft verwandeln,
 damit ihr Frieden und Ruhe in der Welt
 für ewig erhalten könnt,
 damit von nun an nirgendwo und
 niemals mehr im Feuerwirbel das Leben stirbt!«¹⁹

Am ursprünglichen Standort der 26 Häuser des Dorfes erinnern stilisierte Grundmauern sowie als Campanilen konstruierte Kamine, von welchen von Zeit zu Zeit Glocken ertönen, an dieselben. Diesen »Häusern« sind ferner jeweils symbolisch geöffnete »Türen« zugeordnet, die von der Gastfreundschaft ihrer ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner zeugen sollen.

Auch die vier ehemaligen Brunnen des Dorfes hat man in stilisierter Form »rekonstruiert«. Auf einer Gedenktafel sind an jedem der Häuserfragmente die Namen der ermordeten Bewohner vermerkt, wobei bei Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren auch das Alter derselben angegeben wird.



Birken – Symbol des (Über-)Lebens

Auf dem Gelände finden sich ebenso aus Beton gefertigte, symbolische Urnen mit Erde aus Siedlungen, die wie Chatyn einst zerstört und nie wieder aufgebaut worden sind, was als »Friedhof der Dörfer« bezeichnet wird (Bild S. 6). Jede dieser 186 Urnen ist mit dem Namen des jeweiligen Dorfes versehen sowie einer Information darüber, wo es sich ursprünglich befunden hatte.

Nicht vergessen werden in diesem Teil des Gedenkensembles auch diejenigen Gemeinden, in die nach ihrer Zerstörung im Anschluss an die Befreiung das Leben wieder zurückkehren konnte. Die Namen von 433 weißrussischen Dörfern, die zwar von den Besatzern dem Erdboden gleich gemacht worden sind, nach der Befreiung aber wieder aufgebaut wurden, finden sich in alphabetischer Reihenfolge an den Ästen der so genannten Bäume des Lebens», was symbolisch zum Ausdruck bringen soll, dass den »Hitleristen«, wie sie in Belorussland genannt werden, mit ihrer Politik der verbrannten Erde letztendlich kein Erfolg beschieden war.

An anderer Stelle wird den zahlreichen größeren und kleineren Lagern und Ghettos gedacht, die sich in der Zeit der nationalsozialistischen Okkupation auf dem Boden der einstigen Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik befunden haben (Bild S. 7). An insgesamt 260 von ihnen erinnern in den Nischen einer langen Betonmauer eingelassene Gedenkplatten, auf welchen nicht nur der jeweilige Name, sondern auch die Opferzahl des Lagers bzw. des Ghettos zu lesen ist.

Am Ende des Rundwegs durch die Gedenkstätte Chatyn stößt man auf ein Geviert, in dessen Mitte eine »Ewige Flamme« brennt (Bild S. 8). Nur an drei der vier Ecken dieses Gevierts wachsen Birken²⁰, was verdeutlichen soll, dass ca. ein Viertel der belorussischen Bevölkerung beim Überfall durch Hitler-Deutschland und während der Jahre der nazistischen Okkupation den Tod gefunden hat.

Auch wenn Führungen²¹ durch die Gedenkstätte von Dienstag bis Sonntag nur zwischen 9 und 17 Uhr durchgeführt werden, so ist sie doch an allen Tagen rund um die Uhr zugänglich. Daher befinden sich auf dem Gelände eine Vielzahl von Beleuchtungselementen, denen die Aufgabe zukommt, selbst in der Nacht ein eindrückliches Besucherlebnis zu gewährleisten bzw. auch nach Einbruch der Dunkelheit die Durchführung von Gedenkzeremonien zu ermöglichen.

Solche Zeremonien gehören weiterhin, insbesondere an bestimmten Gedenktagen wie etwa dem 1. Juli, dem Tag der Befreiung Weißrusslands, zu Chatyn – auch wenn

der Andrang im Vergleich zu dem Zeitraum 1969 bis 1993, für welchen Stefan Stadler 32 Millionen Besucher angab, merklich zurückgegangen sein dürfte, was sich daraus ergibt, dass die aktuelle Besucherstatistik für den Gesamtzeitraum der Existenz der Gedenkstätte etwa 35 Millionen aus ca. 100 Ländern ausweist.²²

Die unzweifelhaft aber gleichwohl auch heute noch zu konstatierende Wichtigkeit dieser Stätte für Weißrussland dokumentierte sich beispielsweise in der Art der Vorbereitung auf den 60. Jahrestag der Befreiung und die Einbeziehung von Chatyn in die nationalen Feierlichkeiten. Da insbesondere die zahlreichen Betonelemente, die in der Gedenkstätte vorzufinden sind, seit der Einweihung derselben im Jahre 1969 sichtbar unter Wind und Wetter gelitten hatten, wurden im April 2004 im Rahmen eines »republikanischen Subbotniks²³« Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung in Angriff genommen, wobei der Präsident des Landes Aleksandr Lukaschenko sogar persönlich beim Betonieren mit Hand anlegte. Am Vorabend des 60. Jahrestages der Befreiung des Landes nahm er dann zusammen mit den Präsidenten Russlands und der Ukraine in Chatyn an den dortigen Feierlichkeiten teil.

Ein kleines Besucherzentrum in Parkplatznähe, dessen Eröffnung im Juli 2004 ebenfalls den oben erwähnten Subbotniks zu danken ist, informiert seither in drei Sälen – ein vierter dient der Präsentation der Werke von Wassilij Scharangowitsch, die unter dem Titel »Zum Andenken an die verbrannten Dörfer« stehen – den interessierten Besucher (Bild S.9). An dieser Stelle wird zum einen die Gelegenheit geboten, sich über die Geschichte des Landes vor allem während des 2. Weltkrieges – respektive: des Großen Vaterländischen Krieges –, allgemein zu informieren. Zum anderen stehen im zweiten Saal der Ort Chatyn – Maly Trostinec und Osaritschi²⁴ werden allerdings ebenfalls erwähnt – und die dortigen Geschehnisse im Vordergrund. Der Bau sowie die Entwicklung der Mahn- und Gedenkstätte Chatyn ist Thema im dritten Raum des Zentrums. Im Besucherzentrum stehen ferner diverse Broschüren, Bücher, Videos und DVDs zum Verkauf.

Die Bedeutung der Gedenkstätte Chatyn auch für die Menschen jenseits der Grenzen Weißrusslands gut zum Ausdruck bringen die Worte des ehemaligen indischen Premierministers Rajiv Ghandi, die dieser anlässlich seines Besuchs im Jahre 1985 niederschrieb:

»Die Erinnerung daran, was der Krieg den Menschen antun kann, ist aufwühlend. Möge niemand von uns vergessen, wie Menschen alle ihre Energie darauf gerichtet haben, einander zu vernichten. Möge das eine Mahnung für diejenigen sein, die einer Abrüstung im Wege stehen, da heutzutage die Konsequenzen [eines Krieges] noch viel schlimmer sein können. Die Gedenkstätte ruft bei jedem, der sie besucht, außerordentlich starke Gefühle hervor. Minsk und Belarus haben gelitten, damit die Ideale des Humanismus überleben konnten. Möge die Welt sich daran erinnern und für eine bessere Zukunft der Menschheit kämpfen.«

Der zweite Teil des Textes mit einer Beschreibung der Gedenkstätte Maly Trosteneč folgt im nächsten GedenkstättenRundbrief.



Der Partisanenschmied – Ausstellung im Besucherzentrum
Alle Fotos: Jochen Fuchs, Sommer 2005

Prof. Dr. Dr. Jochen Fuchs ist Jurist und Politologe und lehrt als Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Janine Lüdke studiert am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Maria Schastnaya ist Absolventin der Fakultät für Geschichte der Staatlichen Universität Weißrusslands in Minsk.

- 1 Mitunter auch Maly (oder auch Klein) Trostinez bzw. (Malyj) Trostenets.
- 2 Vgl. zum Ablauf des Massakers sowie zum Hintergrund Bernd Boll, Chatyn 1943. In: Orte des Grauens – Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär, Darmstadt 2003, S. 19 ff. sowie Hartmut Lenhard, »Lebensraum im Osten« – Deutsche in Belarusland 1941-44, Düsseldorf 1991, S. 232 f., 267, 311 f.
- 3 Mitunter auch Blagowschtschina bzw. Blagowtschina.
- 4 Stefan Stadler, Besuch in der Gedenkstätte Chatyn, Belarusland. In: GedenkstättenRundbrief/Nr. 54, S. 16 ff.
- 5 Aber auch hier: Keine Regel ohne Ausnahme, vgl. z.B. Gerhard Vöhringer, Chatyn und Kurapaty – Zum Leben gehört der Mut zur Erinnerung: Erfahrungen während der ASF-Studienreise. In: Zeichen Nr. 4 (Dezember) 2005, S. 16 sowie Veikko Künisch, Spuren des Holocaust – Reisebericht einer Exkursion. In: Treffpunkt Campus Nr. 30 (Dezember) 2005, S. 20 f.
- 6 Stefan Stadler, Besuch in der Gedenkstätte Chatyn, Belarusland. In: GedenkstättenRundbrief/Nr. 54, S. 16-18.
- 7 Der Anteil der Ukrainer lag sogar über vier Fünftel. Vgl. zu diesem Komplex Robert Bohn, Kollaboration und deutsche Mobilisierungsbemühungen im RK Ostland. In: Collaboration and Resistance During the Holocaust – Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, hrsg. v. David Gaunt/Paul A. Levine/Laura Palosuo, Bern u. a. 2004, S. 33 ff.
- 8 Diejenigen, die anschließend der Gendarmerie übergeben worden waren, mussten bereits am folgenden Tag freigelassen werden, da sich der zu ihrer Festnahme führende Verdacht nicht bestätigt hatte.
- 9 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust – Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 1, hrsg. v. Israel Gutman et al., München/Zürich o. J., S. 345.
- 10 Dirlwanger fiel, nachdem er sich gegen Kriegsende in seine Heimat abgesetzt hatte, befreiten Zwangsarbeitern aus Polen in die Hände und verstarb kurz nach seiner Festsetzung – vermutlich an den Folgen der von jenen empfangenen Behandlung, vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Dirlwanger> (Zugriff: 9. 11. 2006).
- 11 Nach anderen Angaben 149 Einwohner bzw. 75 Kinder, vgl. Bilder von Chatyn, hrsg. v. Internationales Bildungs- und Begegnungswerk/Ev. Verein für Begegnung, Versöhnung und Zusammenarbeit e.V., (maschinenschriftl. Manuskript), o. O. o. J. <um 1990>, S. 3. Einer der Berichte des Bataillons 118 (v. 12. April 1943) an den SS- und Polizei-Gebietsführer spricht von »34 Banditen« sowie von »zahlreiche<n> Einwohnern«, die getötet worden waren, und schließt mit den Worten: »Ein Teil davon kam in den Flammen um.«
- 12 Zitiert nach: www.khatyn.by/de/genocide/expeditions (Zugriff: 9. 11. 2006).
- 13 Zitiert nach: www.khatyn.by/de/genocide (Zugriff: 9. 11. 2006).
- 14 W. Sankowitsch, Ju. Gradow und L. Lewin.
- 15 S. Selichanow.
- 16 Wer diesen Rundgang virtuell nachvollziehen möchte, der sei auf www.khatyn.by/de/about/excursion verwiesen.
- 17 Drei Kinder, Wolodja Jaskewitsch und dessen Schwester Sonia sowie Julia Klimowitsch hatten sich verstecken können, zwei weitere Mädchen, die schwerverletzt noch aus der Scheune entkommen waren, wurden dann von Bewohnern eines Nachbardorfes gefunden, welches aber wenig später ebenfalls niedergebrannt werden sollte, wobei diese beiden dann den Tod fanden. Zwei Buben, Viktor Shelobkowsch und Anton Baranowskij, sieben bzw. zwölf Jahre alt, hatten mehr Glück gehabt. Sie, die sich ursprünglich ebenfalls in der Scheune befunden hatten, waren zwar ebenfalls verletzt worden, doch entgingen die Dörfer, in denen sie dann Aufnahme gefunden hatten, der Vernichtung.
- 18 Eine Schilderung der Ereignisse durch Josif Jossifinowitsch Kaminski findet sich unter www.ibb-d.de/geschichtswerkstatt.html?geschichtswerkstatt/werkstatt-zeugen.html (Zugriff: 9. 11. 2006).
- 19 Übersetzung lt. www.khatyn.by/de/about/excursion/step3/ (Zugriff: 9. 11. 2006).
- 20 Die Birke gilt als ein Symbol für das Leben.
- 21 Die zuständige Abteilung ist unter der Telefonnummer 00375/17/7455060 bzw. über khatyn@tut.by erreichbar.
- 22 Da der Zugang zur Gedenkstätte kostenlos ist und man sich auch nicht in irgendeiner Form registrieren lassen muss, ist allerdings davon auszugehen, dass diese Zahlen auf Schätzungen beruhen oder aber nur diejenigen erfassen, die an einer der offiziellen Führungen teilnehmen.
- 23 Auch: Subotnik oder Subbotnik, abgeleitet vom Begriff Samstag. Unter Subbotnik versteht man einen freiwilligen Arbeitseinsatz an Sonntagen, wobei die Leistungen nicht individuell entlohnt werden, sondern diese dem Kollektiv zugute kommen. Historisch geht der Subbotnik auf eine Initiative der beim Bau der Eisenbahnstrecke von Moskau nach Kasan im Jahre 1919 beschäftigten Kommunisten zurück, deren Initiative von Wladimir Lenin in einem Artikel lobend hervorgehoben worden war. Vgl. »Die große Initiative« in: LW 29, S. 397 ff.
- 24 In der Nähe von Osaritschi im Kreis Kalinkowitschi legten die auf dem Rückzug befindlichen Deutschen im März 1944 auf Befehl der Generäle Harze, Gossbach und Richter vor den eigenen Verteidigungslinien

Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum

Thomas Stöckle

Grafeneck steht als Ort für eines der »arbeitsteiligen Großverbrechen« des Nationalsozialismus. Auf dem Gelände des Schlosses wurden zwischen Januar und Dezember 1940 10 654 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – in einer Gaskammer ermordet. Grafeneck und der deutsche Südwesten mit den historischen Ländern Württemberg, Baden und Hohenzollern waren der erste Ort und die erste Region von denen die Ermordung geistig behinderter und psychisch erkrankter Menschen in Deutschland ihren Ausgang nahm. Noch prinzipieller formuliert: Grafeneck war der erste Ort systematisch-industrieller Ermordung von Menschen im nationalsozialistischen Deutschland überhaupt. Der Ort steht somit am Ausgangspunkt ungeheuerlicher Menschheitsverbrechen. Unterstrichen wird diese Perspektive durch die spätere Übernahme des Mordverfahrens für den Mord an den europäischen Juden ebenso wie durch die Tatsache, dass ein Viertel der Täter von Grafeneck in den Vernichtungslagern des Ostens, wie Belzec, Treblinka, Sobibor und nicht zuletzt Auschwitz-Birkenau, eingesetzt wurde.

Die Gedenkstätte Grafeneck muss aus diesem Grund versuchen, einerseits der Wucht dieser historischen Perspektive, andererseits aber auch einer komplexen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Rechnung zu tragen. Denn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Grafeneck 1946/47 wieder an den vormaligen Träger, die evangelische Samariterstiftung, zurückgegeben. Die bei Kriegsbeginn vertriebenen, behinderten Menschen, die den Krieg überlebt hatten, zogen erneut ins Schloss ein. Grafeneck ist seither wieder ein von der Samariterstiftung genutzter Ort – Lebensraum, Wohnort und Arbeitsplatz für behinderte Männer und Frauen. Dies prägte den erst Jahrzehnte danach einsetzenden Weg zur Entstehung der Gedenkstätte ebenso wie die Arbeit an der



Dokumentationszentrum Gedenkstätte Grafeneck, Architekten: Rainer Storz, Ralf Straub, Konzept und Gestaltung: SCHWARZ GRUPPE Grafikdesign

Gedenkstätte Grafeneck nachhaltig. Spuren, die an die »Euthanasie«-Morde erinnern, wie beispielsweise das Vernichtungsgebäude, verschwanden in den 1960er Jahren. Zur gleichen Zeit begann ein Prozess der Memorialisierung. Die Samariterstiftung ließ auf dem Friedhof des Samariterstifts Grafeneck zwei Urnengräber mit 270 Urnen, die die Täter bei ihrem Abzug aus Grafeneck im März 1941 zurück gelassen hatten, anlegen. Ein früherer Gedenkort entstand noch in den 1960er Jahren mit der Hilfe des Landes Baden-Württemberg auf dem Friedhof der Einrichtung. Im Jahr 1984 schließlich erinnerte eine erste Texttafel an die Verbrechen von 1940. Der eigentliche Ort der Erinnerung und des Gedenkens, eine offene Kapelle, entstand erst 1990 mit dem Leitgedanken: »Das Gedenken braucht einen Ort«.

Das Dokumentationszentrum

Die notwendige Ergänzung zur Gedenkstätte, ein »Ort der Information«, ist seit Oktober 2005 mit dem Dokumentationszentrum Gedenkstätte Grafeneck geschaffen. Die Samariterstiftung, die heute ihren Sitz im württembergischen Nürtingen besitzt, unterstützt – und eigentlich ermöglichte – das Projekt Dokumentationszentrum durch die Überlassung eines bestehenden aber nicht mehr genutzten Gebäudes inmitten der heutigen Einrichtung. Gefördert wurde die Errichtung des Dokumentationszentrums vor allem durch die Projektgedenkstättenförderung des Bundes und des Landes Baden-Württemberg sowie ganz wesentlich durch die Landesstiftung Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg und dessen Ministerpräsident Günther Oettinger haben seit der Eröffnung der Dauerausstellung im September 2005 die Schirmherrschaft über die Gedenkstätte und das Dokumentationszentrum übernommen. Den Kern des Dokumentationszentrums bildet nunmehr die Dauerausstellung, die nachhaltig die Möglichkeiten wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeitens mit Besuchern und vor allem Besuchergruppen verbessert, sowie dem Einzelbesucher eine Möglichkeit zur vertieften Informationsgewinnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes und den nationalsozialistischen »Euthanasie«-Verbrechen gibt. Neben der historischen Perspektive auf Opfer und Täter, Denkstrukturen und Machtmechanismen richtet die Ausstellung ihren Blick auch auf die Jahre nach 1945. Wie ging die Gesellschaft mit diesem Verbrechen um, wie fand die publizistische und juristische Auseinandersetzung statt und wie findet die Erinnerung an diesen schwierigen Teil der deutschen und südwestdeutschen Geschichte einen Platz im historischen Gedächtnis des Landes Baden-Württemberg und seiner Einwohner? Trotz des Fluchtpunktes einer negativ besetzten Geschichte kann Grafeneck – Gedenkstätte und Behinderteneinrichtung – die Bedeutung der Demokratie mit ihren Konzepten von Menschenwürde und Menschenrechten unterstreichen und demokratisches Bewusstsein fördern. In dieser Perspektive bildet die Gedenkstätte Grafeneck und das Dokumentationszentrum die Schnittstelle von Erinnerung, historisch-politischer Bildung, Wissenschaft und Begegnung.

Die Dauerausstellung: »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland. Grafeneck 1940 – Geschichte und Erinnerung

Kern des Dokumentationszentrums, das auch Bibliothek, Archiv und einen Seminarraum beherbergt, ist die bereits erwähnte, täglich geöffnete Dauerausstellung: Sie trägt den Titel »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland. Grafeneck 1940 – Geschichte und Erinnerung. Betritt der Besucher das Haus, stößt er zuallererst auf den

Geschichtsort Grafeneck, einen kurzen Gang durch Geschichte und Gegenwart vom 13. zum 21. Jahrhundert. In einem historischen Längsschnitt durch die Jahrhunderte wandelte sich Grafeneck mehrfach und tief greifend. So entstand in der Zeit der Renaissance um 1560 an der Stelle einer hochmittelalterlichen Burganlage ein Jagd- schloss der württembergischen Herzöge, welches in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu einer gewaltigen barocken Sommerresidenz erweitert wurde. Das 19. Jahrhundert sah einen Niedergang des Schlosses. Grafeneck zerfiel und einzelne Gebäude wurden »auf Abbruch verkauft«. Das Schloss diente nun als Forstamt bis es schließlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Privatisierung erfuhr. Im Jahr 1929 erwarb es die evangelische Samariterstiftung in Stuttgart und richtete in den Räumen des Schlosses ein Behinder- tenheim für »krüppelhafte« Männer ein. Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Grafeneck im Oktober 1939 für »Zwecke des Reichs« beschlagnahmt und in eine »Menschenvernichtungsanstalt« verwandelt. Nach der Beendigung der »Euthanasie«- Morde im Winter 1940/41 wurde Grafeneck für die Kinderlandverschickung, später von der französischen Besatzungsbehörde als Kinderheim, benutzt. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sahen schließlich den Aufbau einer modernen Einrichtung der Behindertenhilfe und der Sozialpsychiatrie, die im Jahr 2005 ihr 75jähriges Bestehen beging, und gleichzeitig den Aufbau der Gedenkstätte Grafeneck, bestehend aus einem Ort der Erinnerung (Gedenkstätte seit 1990) und einem Ort der Information, der mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums im Oktober 2005 geschaffen wurde.

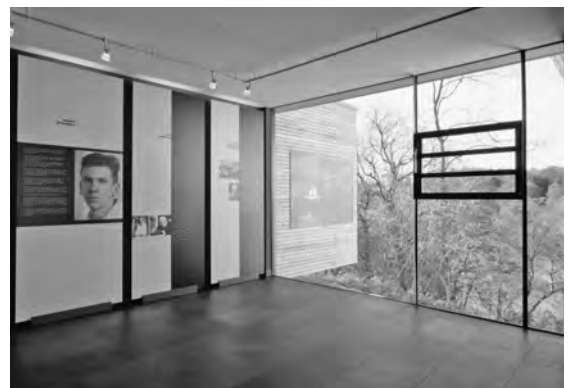
Raum I – Grafeneck 1940: Geschichte

Die Ausstellung dokumentiert im ersten und zentralen Raum die Ereignisse des Jahres 1940. Grafeneck stand in dieser Zeit für eines der großen »arbeitsteiligen Verbrechen« des Nationalsozialismus. Seine Bedeutung ging dabei weit über lokale und regionale Bezüge hinaus. Grafeneck wurde zum ersten Ort systematisch-industrieller Ermordung von Menschen im nationalsozialistischen Deutschland und stand somit an einem Aus- gangspunkt ungeheuerlicher Menschheitsverbrechen. Am 18. Januar 1940 begannen die Morde in Grafeneck, denen bis zum 13. Dezember 1940 über 10 600 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – zum Opfer fielen. Die Täter verwendeten hierfür eine stationäre Gaskammer, eingebaut in ein bestehendes Gebäude auf dem Gelände des Schlosses. Obwohl als »Euthanasie« und »Gnadentod« verharmlost, ist das Geschehen angemessen nur als »industrieller« Massenmord zu beschreiben. Den Opfern wurde bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine doppelte Minderwertigkeit zugeschrieben: Sie galten als Gefahr und gleichzeitig als Bürde und Last für den sogenannten »gesun- den Volkskörper«. Rassenhygienische (eugenische) sowie ökonomische Gründe wurden später angeführt, um den »Lebenswert« und damit auch das »Lebensrecht« von psy- chisch erkrankten und geistig behinderten Menschen in Anstalten zu bestreiten. In der Hauptsache waren es dann Kriterien von Produktivität und Arbeitsfähigkeit, die vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges über Leben und Tod in den Anstalten und Kli- niken entschieden. Mit der gleichzeitigen Erfassung aller jüdischen Patienten in den psychiatrischen Einrichtungen Württembergs und Badens und ihrer Ermordung in Grafeneck, sowie der späteren Übernahme der Technologie und des Personals der Gas- mordanstalten begann ein Weg, der in den »Holocaust«, der Ermordung der deutschen und europäischen Juden, mündete. Thematisch schließt der erste Raum mit dem Ende der Morde in Grafeneck im Dezember 1940. Als Gründe hierfür können das Scheitern



Oben: Eingang Dokumentationszentrum
Mitte: Raum I: Grafeneck 1940 – Geschichte
Unten: Raum II: Grafeneck 1940 – Erinnerung





Oben: Westansicht
Unten/Links: Detailaufnahme Raum II
Unten/Rechts: Raum I – Außenbereich

der Geheimhaltungsbemühungen und zunehmende Proteste von Kirchen, Angehörigen, Einrichtungen sowie aus Kreisen der NSDAP gelten. Die Versetzung des Grafenecker Täterpersonals ins hessische Hadamar, ebenfalls eine Vernichtungseinrichtung, legt den Schluss nahe, dass die Täter ihre Ziele im deutschen Südwesten erreicht hatten.

Raum II – Grafeneck 1940: Erinnerung

Die Ausstellung richtet ihren Blick auch auf die Zeit nach 1945 und fragt nach den Rahmenbedingungen, unter denen sich die Erinnerung in der Nachkriegszeit ihren Weg bahnte. Als entscheidender Punkt kann die Rückgabe Grafenecks an die Samariterstiftung im Jahr 1947 gelten. Seit dieser Zeit ist Grafeneck wieder Behinderteneinrichtung. Im ersten Nachkriegsjahresbericht der Samariterstiftung, der einen Rückblick auf die Kriegsjahre enthielt, wird 1946 in einer in den späteren Jahren nicht mehr erreichten deutlichen und drastischen Sprache auf die Verbrechen eingegangen und Grafeneck als »Menschenvernichtungsanstalt« bezeichnet.

Beinahe zeitgleich beginnt die rechtliche Aufarbeitung der »Euthanasie«-Morde von Grafeneck. Nur ein kleiner Teil der Täter wird 1949 in Tübingen und Freiburg vor Gericht gestellt und verurteilt. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlischt das Interesse an einer Auseinandersetzung mit den »Euthanasie«-Verbrechen des Nationalsozialismus. Nur noch wenige Berichte, meist in apologetischer Art und Weise, beschäftigen sich mit den »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland. Im Jahr 1965 schließlich wird auf Veranlassung der Samariterstiftung das Gebäude abgerissen, in dem die Gasmorde stattgefunden hatten, und durch neue landwirtschaftliche Gebäude ersetzt. Gleichzeitig aber entsteht ein erster Gedenkort auf dem Friedhof der Einrichtung. Nach jahrzehntelangem, lähmenden Schweigen, das erst in den 1970er-Jahren durchbrochen wird, kann 1990 unter dem Leitgedanken: »Das Gedenken braucht einen Ort«, die Gedenkstätte entstehen. Bis heute fortgeschrieben, bewahrt ein Namens- und Gedenkbuch die Namen von über 8 000 Opfern. Wenigstens ein Teil der Opfer wird hiermit der Anonymität entrissen. Jedoch scheint auch nach fünfzehnjähriger Forschung ein Ende der Suche noch nicht in Sicht. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden nicht mehr alle Namen und Schicksale zu rekonstruieren sein. Aus diesem Grund erinnert seit 1998 der sogenannte Alphabet-Garten an die »bekannten und die unbekanntenen Opfer« von Grafeneck. Die als Granitquader in die Erde eingelassen 26 Buchstaben des Alphabets, geschaffen durch die amerikanische Künstlerin Diane Samuels, sind inzwischen ein fester Bestandteil der Gedenkstätte.

Als einen weiteren zentralen Aspekt der Erinnerung zeigt die Ausstellung Erinnerungsorte, die eng mit der Gedenkstätte Grafeneck verknüpft sind. Sie entstanden schwerpunktmäßig seit den 1980er Jahren und in der Hauptsache seit dem Jahr 1990 auf Friedhöfen von Städten und Gemeinden (Stuttgart, Karlsruhe, Konstanz), sowie in vielen der 48 Einrichtungen, Kliniken und Heimen, aus denen die Opfer von Grafeneck stammten. Die Ausstellung schließt mit einem Überblick über die »Erinnerungstopografie« der Gedenkstätte Grafeneck, wie sie sich heute dem Besucher darstellt. Hierzu zählen

- das Schlossgebäude als Sitz der Täter,
- das nur noch in Umrissen sichtbare und heute wieder markierte Vernichtungsareal,



Detailaufnahme Außen
 Alle Fotos: Alexander
 Fischer/Stuttgart,
 Archiv Gedenkstätte
 Grafeneck

- der Friedhof mit dem frühen Gedenkort von 1962,
- die Gedenkstätte als offene Kapelle mit Gedenkbuch und Alphabet-Garten,
- das neue Dokumentationszentrum.
- Die Aufgaben der Gedenkstätte heute werden charakterisiert durch die Begriffe Erinnerungs- und Mahnstätte, Dokumentations- und Forschungsstätte, Bildungsstätte sowie als Ort, der öffentliche und humanitäre Aufgaben wahrnimmt.

Aufgaben und Ziele der Gedenkstätte Grafeneck

Die Gedenkstätte Grafeneck ist heute Erinnerungs- und Mahnstätte für die über 10 600 Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland – und damit für viele tausende Menschen ein Ort individueller Trauer und kollektiven Gedenkens.

Die Gedenkstätte Grafeneck versteht sich darüber hinaus als Dokumentations- und Forschungsstätte. Sie bewahrt das historische Wissen und macht es der Öffentlichkeit zugänglich. Dies geschieht in erster Linie durch Veröffentlichungen, Vorträge, Lesungen, durch eine Wanderausstellung sowie insbesondere durch das 2005 geschaffene Dokumentationszentrum. Träger der Gedenkstättenarbeit, die in enger Zusammenarbeit mit der Samariterstiftung Nürtingen und dem Samariterstift Grafeneck geschieht, ist der 1994 gegründete Verein Gedenkstätte Grafeneck e.V.

Zum dritten ist die Gedenkstätte Grafeneck Bildungsstätte mit den Schwerpunkten historische und politische Bildungsarbeit. Informiert wird hierbei über das Denken sowie die konkreten Mechanismen, die nach einer langen Vorgeschichte zu den Verbrechen von 1940 führten. Eine große Zahl nationaler und internationaler Jugend- und Erwachsenengruppen besuchen jährlich die Gedenkstätte und das Samariterstift Grafeneck.

Die Gedenkstätte erfüllt außerdem öffentliche und humanitäre Aufgaben als Auskunfts- und Informationsstelle für die vielen Einrichtungen, Kliniken und Heime, für

viele Hunderte Landkreise, Städte und Kommunen aus denen die Opfer stammten und in zunehmend seltener werdenden Fällen für Gerichte in Sachen Entschädigung und Nachlass. Durch eine verstärkte Wahrnehmung der Gedenkstätte in der Öffentlichkeit nimmt seit einigen Jahren kontinuierlich auch die Zahl der Verwandten und Nachkommen der Opfer von 1940 zu, die sich an die Gedenkstätte wenden. Nach einer jahrzehntelangen verweigerter Erinnerung, aber auch Verdrängung und Tabuisierung dieses Teils der NS-Verbrechen bahnt sich hier ein Wandel an.

Thomas Stöckle,
Historiker, seit 1996
Mitarbeiter der
Gedenkstätte
Grafeneck, Mitglied des
Sprecherrats der
Gedenkstätten in
Baden-Württemberg
und des Gedenkstätten-
beirats, ist Leiter der
Gedenkstätte
Grafeneck-Dokumenta-
tionszentrum.

Die Aufgaben bleiben somit auch in der Zukunft: die Bewahrung und Zugänglichmachung der Dokumente des damals Geschehenen, das Gespräch mit Angehörigen der Opfer, die Weitergabe der Erinnerung an Besucher – nicht nur als Information über ein historisches Ereignis, sondern im Sinne einer kritischen Bildungsaufgabe. Themen wie die Bioethik- und neue »Euthanasie«-Debatte aber auch politischer Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit unterstreichen die Wichtigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Denken und den Vorgängen, die zur Ermordung von 10 654 Menschen in Grafeneck geführt haben.

Es ist auch diese Gleichzeitigkeit von zentraler Gedenkstätte von Opfern der NS-»Euthanasie« in Baden-Württemberg und der Existenz des Samariterstifts als einer modernen Einrichtung der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie, die die Singularität dieses Ortes nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart ausmacht.

Gedenkstätte Grafeneck
Dokumentationszentrum
Grafeneck 3
72532 Gomadingen
Tel. 07385-966 206 | Fax 07385-966 208
www.gedenkstaette-grafeneck.de
info@gedenkstaette-grafeneck.de

Angebote

- Gedenkstätte und Dokumentationszentrum ganzjährig zugänglich
- Fortbildungen, Führungen, Seminare nach Anmeldung
- Mobile Wanderausstellung und (externe) Vorträge auf Anfrage
- Kurzbroschüre, Faltblatt, Ausstellungskatalog (im Druck)

Literatur

- »Euthanasie«. Krankenmorde in Südwestdeutschland, hrsg. von Hermann J. Pretsch, Zwiefalten 1996.
- »Euthanasie« im NS-Staat. Grafeneck 1940, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2000.
- Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck und die »Euthanasie« in Südwestdeutschland, hrsg. von Roland Müller, Stuttgart 2001.
- Königstein, Rolf: NS-»Euthanasie« in Baden und Württemberg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2004.

Homosexuelle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung: Kontroverse ums Küssen im Denkmal

Eberhard Zastra

Im Herbst soll es nun fertig werden – das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Seit Juni zeugt ein Erdhaufen gegenüber vom Denkmal für die ermordeten Juden Europas bereits von begonnenen Bauarbeiten. In Anlehnung an das Stelenfeld Eisenmans auf der anderen Straßenseite wird hier nun eine deutlich vergrößerte Stele platziert, die zudem auch stärker geneigt ist. Durch ein kleines Fenster können die Besucher einer Videosequenz zuschauen, die in einer Endlosschleife zunächst zwei sich küssende Männer zeigt. Alle zwei Jahre soll dann – der als Kompromiss bezeichneten Entscheidung zufolge – ein neues Video die küssenden Männer ablösen, damit auch Frauen sich vom Denkmal angesprochen fühlen können.

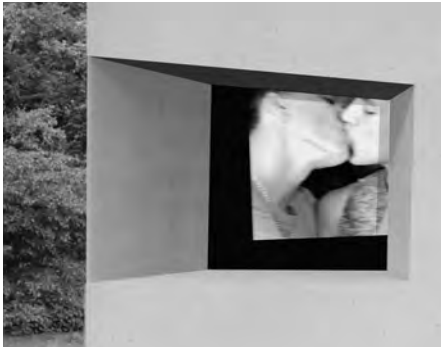
1999 hatte der Bundestag beschlossen, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu bauen. Im Beschluss hieß es, auch für die anderen Verfolgtengruppen solle ein würdiges Gedenken geschaffen werden. So zeichnete sich bald ab, dass es je ein weiteres Denkmal für Sinti und Roma und für die verfolgten Homosexuellen geben würde. Auch ein Denkmal für die Opfer der »Euthanasie« ist weiterhin im Gespräch.

Zwar hatte sich schon 1992 eine Initiative für ein Homosexuellen-Denkmal gebildet, doch erst nach dem Beschluss für das Holocaust-Denkmal begann die systematische Arbeit für einen Gedenkort, der an die verfolgten Homosexuellen erinnern soll. Die ursprünglichen Initiatoren rund um Albert Eckert hatten zuvor eher verhalten argumentiert: Wenn es ein Denkmal für die ermordeten Juden gebe, dann sollten auch die verfolgten Homosexuellen nicht weiter totgeschwiegen werden. 2000/2001 kam der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) als weiterer Initiator zum Denkmal-Projekt dazu. Und auch der Bundestag selbst hatte begonnen, sich der Erinnerung an die Verfolgung von Homosexuellen in der NS-Zeit anzunehmen: Im Jahr 2000 verabschiedete der Bundestag einen Beschluss, in dem er den Unrechtscharakter der NS-Verfolgung von Homosexuellen hervorhob, im Jahr 2002 folgte die Korrektur des NS-Unrechtsaufhebungsgesetzes und damit die pauschale Aufhebung der NS-Urteile nach § 175 StGB. Am 12. Dezember 2003 schließlich entschied der Bundestag, das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen zu bauen. Das Land Berlin hatte bereits zuvor das Grundstück für den Gedenkort angeboten, die Kosten für Kunstwettbewerb und Bau übernahm der Bund in Höhe von 600 000 Euro. Mit der Durchführung des Wettbewerbs und dem Bau des Denkmals beauftragte der Bund in einer Verwaltungsvereinbarung das Land Berlin, die Abstimmung mit den Initiatoren war vereinbart.

Kunstwettbewerb nach offener Bewerbungsphase

Öffentliche Auftraggeber bevorzugen inzwischen, Kunstwettbewerbe beschränkt – also nur für einen Kreis einzeln eingeladenen Künstler – auszuloben. Doch verbot sich ein solches beschränktes Verfahren für diesen Gedenkort. Einen vergleichbaren Auftrag für ein Kunstwerk im öffentlichen Raum zu diesem Thema hatte es bislang nicht gegeben.

Eine Stele zum Reingucken, Video-Fenster ein wenig unter Augenhöhe, Nächtlicher Blickfang



Es wurde daher eine offene Bewerbungsphase eingeführt, die von Denkmal-Initiative und LSVD gemeinsam organisiert und verantwortet wurde. Aus dieser Bewerbungsphase sollten bis zu sieben Bewerbungen zum nachfolgenden Kunstwettbewerb eingeladen werden. 127 Bewerbungen wurden im Januar 2005 eingereicht, darunter auch eine nennenswerte Zahl internationaler Bewerbungen. Die Auswahlkommission hatte keine Schwierigkeiten, sieben Bewerbungen für eine Einladung zum Wettbewerb vorzuschlagen – eher hätte man gern mehr vorschlagen wollen, was aber nicht möglich war. Im üblichen Verfahren für einen eingeladenen Kunstwettbewerb wurden weitere Künstler anhand ihrer Werkliste und ihres Lebenslaufes ausgewählt. 17 Entwürfe, über die das Preisgericht des Wettbewerbs zu entscheiden hatte, kamen so zustande. Alle drei Entwürfe, die in die engere Wahl gekommen waren, hatten den Weg in den Wettbewerb über die Bewerbungsphase gefunden. Das bestätigt den Wert der Bewerbungsphase.

Um die Beteiligten des Wettbewerbs über Hintergrund und Zusammenhang des Themas für den Wettbewerb zu informieren, fand ein zweitägiges Auftakt-Kolloquium im April 2005 statt. Deutlich betont wurden die unterschiedlichen Erfahrungen der verfolgten homosexuellen Männer und der diskriminierten und unterdrückten lesbischen Frauen in der Nazizeit. Das zu gestaltende Denkmal, so Günter Dworek für den LSVD, sollte keinen die Lesben »ausschließenden Charakter bekommen«.

Der ausgewählte Entwurf und die beiden Entwürfe der »engeren Auswahl«

Der ausgewählte Entwurf und die beiden Entwürfe der »engeren Auswahl«

Im Januar 2006 wählte das Preisgericht unter Vorsitz von Prof. Radermacher den Entwurf des dänisch-norwegischen Künstlerteams Michael Elmgreen und Ingar Dragset aus. Der zur Realisierung vorgeschlagene Entwurf greift die Form der Stele des Denkmals für die ermordeten Juden Europas auf. Die einzelne und vergrößerte Stele bekommt allerdings ein Innenleben: Durch ein kleines Fenster kann man eine dreiminütige Videosequenz betrachten, die als Endlosschleife einen Kuss zwischen zwei



Das Wort »homosexuell«
als plakative Provo-
kation; Entwurf von
Holger Beisitzer
Alle Fotos: Senatsver-
waltung Berlin

Männern zeigt. Prof. Radermacher lobte den Entwurf, da er ohne verbale Hilfestellung das Thema des Denkmals direkt und doch subtil hervorhebt.

In die engere Auswahl des Preisgerichts kamen auch der Entwurf von Katja Augustin, Jörg Prinz und Carsten Wiewiorra und der Entwurf von Holger Beisitzer. Augustin, Prinz und Wiewiorra schlugen vor, eine Baumreihe aus Blutbuchen zu pflanzen, die von der Lichtung am Rand des Tiergartens zur Wiese im Innern des Tiergartens führen. Die Baumreihe sollte zugleich als ein etwas vertiefter Weg gestaltet werden, die Begrenzungssteine des Wegs als Sitzgelegenheiten dienen. Die Bäume sollten mit eingeritzten Namen und Daten versehen werden, die als Zeichen der Liebe und des Verlusts stehen. Beisitzer schlug vor, das Wort »homosexuell« in circa 4 Meter hohen Buchstaben aus Metall als weithin sichtbare und vor allem lesbare Skulptur in den Tiergarten zu setzen, er setzte auf die noch immer als provokativ empfundene Wirkung des Worts selbst.

Diese drei Entwürfe stehen für die unterschiedliche/verschiedenartige Annäherung an das Thema. Während Beisitzer eine plakative Form fand, luden Augustin, Prinz und Wiewiorra zum Verweilen und Nachdenken ein. Elmgreen und Dragset benutzten gleichsam eine Kulturtechnik der Selbstbehauptung von Homosexuellen: Die Übernahme von etwas Vorhandenem, das umgedeutet wird und damit signalisiert: Ich bin auch da, ich gehöre auch dazu, aber ich bin eben auch etwas Eigenes, Spezifisches, ein wenig Subversives.

Der Streit um die »Repräsentation« im Denkmal

Schon 1996 fand ein Kongress statt, der die Forderung nach einem Homosexuellen-Denkmal bekräftigen und allererste Kriterien für Ort und Gestaltung diskutieren sollte. Ein halbes Jahr zuvor hatten sich im Frieda-Frauzentrum Lesben getroffen und darüber beraten, ob sie sich an der Initiative beteiligen sollten. Das Lesbentreffen lehnte eine Mitarbeit am Denkmal-Projekt ab. Zu groß seien die Unterschiede der historischen Situation von homosexuellen Männern und Frauen zur Nazizeit gewesen, als dass sich eine gemeinsame Initiative entwickeln ließe. In der Folgezeit entstand in Bochum eine Ausstellung zur Situation von Lesben in der NS-Zeit, die sich sehr bewusst auf die

Lage der Frauen insgesamt im Nationalsozialismus berief und die Geschlechterrollenpolitik der Nazis als entscheidenden Faktor auch für die Lage der Lesben begriff. Weder gab es danach die Forderung nach einem eigenständigen Denkmal für die Lesben, noch beteiligten sich Lesben an der Initiative für das Homosexuellen-Denkmal. Das änderte sich erst, als der Wettbewerb für das Denkmal bereits entschieden war. Im Mai – als die Wettbewerbsbeiträge öffentlich ausgestellt wurden – meldeten sich zwei Lesben mit einem Leserbrief in der taz zu Wort und kritisierten die mangelnde Repräsentation der Lesben im Denkmal. Ende August 2006 schaltete sich »Emma« ein und begann eine Kampagne: »Mal wieder die Frauen vergessen!«

Der Bundestag hatte in seinem Beschluss zur Errichtung eines »Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen« noch festgehalten: »Mit diesem Denkmal wollen wir:

- die verfolgten und ermordeten Opfer ehren
- die Erinnerung an das Unrecht wach halten und
- ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen.«

Das dritte Teilziel dieser Reihe bot den Hauptanlass für die Forderung nach »Sichtbarkeit der Lesben im Denkmal«. Ab November bemühte sich »Emma«, auch eine gezielte Lesbenverfolgung der Nazis zu belegen. Der Berliner Historiker Andreas Pretzel forderte im Januar 2007 auf einer Veranstaltung, nach den Legenden vom schwulen Nazi und vom »Homocaust« (der ungerechtfertigten Gleichsetzung der Homosexuellenverfolgung mit dem Völkermord an den Juden) auch die Legende einer Lesbenverfolgung endlich zu überwinden. Er plädierte deshalb dafür, das Denkmal für die homosexuellen Männer so zu bauen, wie es das Preisgericht empfohlen hatte. Daneben sollte aber für die lesbischen Frauen ein eigenes Mahnmal platziert werden. Inzwischen hatten die Künstler einen Vorschlag unterbreitet, wonach alle zwei Jahre ein neues Video gezeigt werden sollte – von jeweils neu zu bestimmenden Künstlern.

Seitens der Gedenkstätten wurde die Vermengung von Erinnerung – und Gedenken – mit tagespolitischen und zukunftsorientierten Zielen kritisiert. Schon im Dezember 2006 meldete sich der Arbeitskreis I der Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg mit einer Erklärung zu Wort. Im Mai 2007 erklärte die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland: »Das Andenken an die homosexuellen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung [rückt] offenbar immer mehr in den Hintergrund und auch die historischen Tatsachen werden gegenwärtigen und zukünftigen politischen Zwecken mehr und mehr untergeordnet. Die Verzerrung der Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke – und mag sie noch so gut gemeint sein – beschädigt und delegitimiert aber die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Ganzen.«

Am 4. Juni, gerade 14 Tage später, verkündete Staatsminister Neumann jenen Kompromiss, der nach zwei Jahren ein neues – wahrscheinlich Lesben zeigendes – Kussvideo vorsieht. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses befindet sich der Text für eine ergänzende Informationstafel gerade im Abstimmungsprozess. Jens Bisky beklagte am 23. Juni in der Süddeutschen Zeitung: »Über den Streit, ob Lesben im Dritten Reich ebenso verfolgt worden sind wie Schwule, gab es nicht einmal eine Historiker-Anhörung. Warum wird der Streit nicht ausgetragen?

Eberhard Zastrau,
Öffentlichkeitsarbeiter,
ist Mitglied im Beirat
der Stiftung Branden-
burgische Gedenkstätten

»Aus der Geschichte lernen?«

ZWISCHENBILANZ EINES PROJEKTS ZU
MÖGLICHKEIT UND WEGEN DER DEMOKRATIEBILDUNG
IN NS-GEDENKSTÄTTEN

Verena Haug, Imke Scheurich, Gottfried Köbler

Vom 1. Mai bis 31. Dezember 2006 hat das Jugendgästehaus Dachau in Kooperation mit der Akademie Führung & Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) in München, dem Fritz Bauer Institut in Frankfurt/M., den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie der Gedenkhalle Oberhausen das durch das Förderprogramm »Entimon« ermöglichte Projekt »Aus der Geschichte lernen?« durchgeführt. Mit seinem Institutionen übergreifenden und empirischen Ansatz, Demokratie fördernde Konzepte für die Gedenkstättenpädagogik nicht nur zu entwickeln, sondern diese auch zu erproben und auszuwerten, wurde Neuland betreten.

Das Projekt umfasste ein Planungstreffen, drei Hospitationen in den beteiligten Gedenkstätten und dem Jugendgästehaus Dachau, eine fünftägige »Konzept-Werkstatt«, fünf Testseminare, zwei Fortbildungen und ein abschließendes Fachtreffen. Es war als Wechsel von Konzeption, Praxis und Reflexion angelegt: zwischen dem Planungstreffen und der »Werkstatt« lagen die Hospitationen, zwischen »Werkstatt« und Auswertungstreffen wurden die Testseminare sowie die erste der beiden Fortbildungen für die Mitarbeiter/innen der Gedenkstätten und des Jugendgästehauses durchgeführt. Praxisbeobachtungen und -erfahrungen sowie die mit Hilfe des Verfahrens der partizipativen Evaluation systematisch erhobenen Rückmeldungen der Teilnehmer/innen waren jeweils Anlass und Grundlage der reflektierten Weiterarbeit an Projektidee und -ziel. Zum Abschluss des Projekts fand ein zweitägiges Fachtreffen statt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse vorgestellt und mit Vertreter/innen aus der pädagogischen Praxis und Wissenschaft diskutiert wurden.

Der Titel des Projekts zitiert ein altes und häufig wiederholtes Postulat, das insbesondere die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus unter besondere Erwartungen stellt. Das bewusst hinzugesetzte Fragezeichen markiert dabei die spezifische Ausgangsposition der Projektbeteiligten: Die Projektidee, Gedenkstättenpädagogik als Möglichkeit der Demokratiebildung zu denken und zu erproben, setzt voraus, dass eine Verbindung der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Lernen für eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Gegenwart und Zukunft ethisch-moralisch erwünscht und sachlich begründet ist. Die Skepsis, die das Projekt aber während seiner gesamten Laufzeit kritisch begleitet hat, galt der Frage, ob und wie die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus praktisch – das meint intendiert und systematisch – mit Demokratie- und Toleranzbildung verknüpft werden kann. Ein Widerspruch?

Grundlegende Themen der politischen Bildung, wie das Verhältnis zwischen Minderheiten und Mehrheit, Partizipation oder der Umgang mit Konflikten, können möglicherweise besser anhand anderer Themen und an anderen Orten als Gedenkstätten bearbeitet werden. Sie stehen aber dann in engem Bezug zu deren originären Aufgaben, wenn Gedenkstättenpädagogik als historisch-politische Bildung verstanden wird, die dem

Ziel einer demokratischen und von Vielfalt geprägten Gesellschaft verpflichtet ist. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es Lernformen, deren Ausgestaltung eine bislang allerdings nur unzureichend gelöste Herausforderung darstellt.

Ihre Lösung liegt aus Sicht der Projektgruppe weder darin, Aktualisierungspotenzial in tagespolitischen Ereignissen zu suchen, noch darin, auf eine nachhaltig abschreckende Wirkung des Gedenkstättenbesuchs zu setzen, die aus der Konfrontation mit der Sache gewissermaßen »von selbst« resultiert. Ein Ergebnis der Lernprozesse innerhalb des Projekts ist darüber hinaus, dass die Lösung dieser Herausforderung auch nicht darin besteht, die herkömmliche Gedenkstättenpädagogik additiv durch explizite Inhalte und Arbeitsweisen aus dem Bereich der Demokratie- und Toleranzbildung zu ergänzen.

Das C.A.P. hat mit den Demokratiebildungs-Programmen »Achtung (+) Toleranz«, »Betzwavta« und »Eine Welt der Vielfalt« drei elaborierte Konzepte vorgelegt, deren partielle Adaption für die Gedenkstättenpädagogik zunächst aussichtsreich erschien. Die Klärung von Überschneidungen und Grenzen der Übertragbarkeit der verschiedenen pädagogischen Ansätze, die Erprobung einzelner Übungen aus den C.A.P.-Programmen im Hinblick auf konkrete Seminare in Gedenkstätten, ihre Diskussion innerhalb der Projektgruppe und insbesondere die Erfahrungen während der Testseminare und Fortbildungen veränderten jedoch diese Ausgangsidee.

Die vorläufigen Projektergebnisse regen als Lösungsansatz für die Frage der Demokratiebildung in Gedenkstätten eine Integration demokratischer Arbeitsformen und -haltungen in die gedenkstättenpädagogische Praxis an, die weniger auf der Inhalts-, denn auf der Prozess- und Beziehungsebene angesiedelt und erfahrbar sind.

Ziele des Projekts

Hauptziel des Projekts war die Entwicklung, Durchführung und Auswertung von Seminarekonzepten für ein- und mehrtägige pädagogische Veranstaltungen mit Schulklassen in und an Gedenkstätten. Sie sollten einen Gedenkstättenbesuch und dementsprechend Anteile ortsbezogener Wissensvermittlung beinhalten, dabei aber den Anspruch einer Demokratie fördernden Bildungsarbeit explizit machen und operationalisieren.

Es schien weder sinnvoll noch erstrebenswert ein einziges und übertragbares Seminarekonzept zu entwickeln, da eine zeitgemäße Gedenkstättenpädagogik zweifellos einer ortsspezifischen Vermittlung historischer Zusammenhänge verpflichtet ist und darüber hinaus die personellen, räumlichen und materiellen Voraussetzungen der kooperierenden Einrichtungen zum Teil erheblich differieren.

Neben der Seminareentwicklung zielte das Projekt auf die Fortbildung der Mitarbeiter/innen der kooperierenden Einrichtungen vor dem Hintergrund der Projekterfahrungen. Anstatt ursprünglich anvisierter Qualifizierungen im Hinblick auf ein erweitertes Methodenspektrum wurde eine zweistufige Fortbildung konzipiert. Bei der ersten stand die intensive Auseinandersetzung mit den oft implizit bleibenden Bildungsmotivationen und -zielen der Gedenkstättenpädagog/innen sowie die Reflexion der bisherigen Erfahrungen und des eigenen Selbstverständnisses im Mittelpunkt. Das Kennenlernen konkreter Methoden, die Reflexion ihres Einsatzes an den je spezifischen Orten und die Reflexion auf den Zweck ihres Einsatzes wurden in der zweiten Fortbildung zentral.

Der Ort – zentrales Spannungsfeld der beiden pädagogischen Ansätze

Die Ortsbezogenheit der Gedenkstättenpädagogik stellte im Projekt den deutlichsten Reibungspunkt zwischen den beiden pädagogischen Ansätzen dar, da die Ortsunabhängigkeit der Demokratiebildung nicht den Umkehrschluss zulässt, die Übungen und Methoden seien tatsächlich an jedem Ort, also auch in Gedenkstätten, durchführbar. Gedenkstätten sind in zweierlei Hinsicht besondere pädagogische Orte. Zum einen prägen die Historie und die symbolische Bedeutung der Orte die Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten. Zum anderen werden Gedenkstätten seit einigen Jahren als konkrete Geschichtsorte betrachtet, deren historiografisch genaue Darstellung selbst auch als Ausdruck der Würdigung der Opfer gilt. Die Lerninhalte sind insofern nicht beliebig variierbar, sondern wesentlich historisch orientiert, um der instrumentellen Behandlung der Geschichte im Zusammenhang mit politischen und pädagogischen Fragen enge Grenzen zu setzen und diese zudem transparent und damit diskutierbar zu machen. Die Dominanz historischer Kenntnisvermittlung und Reflexionen in Gedenkstätten wirkt sich sowohl auf der Ebene der Seminarorganisation als auch der des professionellen Handelns aus. Schon aus zeitlichen Gründen ist ein Einsatz gegenwartsbezogener Übungen mit dem expliziten Ziel der Demokratiebildung in gedenkstättenpädagogischen Angeboten begrenzt, wenn die Geschichte des Ortes und der Häftlinge vermittelt sowie über die Täter(schaft) der SS, ihren gesellschaftlichen Kontext und über historische Zusammenhänge nachgedacht werden soll. Damit zusammenhängend unterscheiden sich auch die Aufgaben der Gedenkstättenpädagog/innen von denen der Moderator/innen der Demokratiebildung. Während deren Aufgabe wesentlich in der aufmerksamen Begleitung der Gruppenprozesse und dem Aufgreifen sich manifestierender Konflikte liegt, um Prozess und Thema kontinuierlich und beharrlich wechselseitig in Beziehung zu setzen, müssen die Pädagog/innen in Gedenkstätten sowohl als Vermittler/innen historischer Lerninhalte und als Meinungsträger/innen agieren, wenn es um moralische und politische Bewertungen und Verhaltensmöglichkeiten vor Ort geht, als auch möglichst offene Diskussionen über eben diese Bewertungen initiieren und moderieren.

Testseminare

Die Testseminare unterschieden sich konzeptionell in mehrerlei Hinsicht von bisherigen Seminaren der kooperierenden Einrichtungen. Alle wurden von je zwei Teamer/innen durchgeführt, was in der Gedenkstättenarbeit nach wie vor durchaus unüblich ist. Im Jugendgästehaus Dachau sowie in der Gedenkstätte Buchenwald wurden bewusst ortsunspezifische Übungen aus den Programmen des C.A.P. eingesetzt. Es wurden verschiedene Sozialformen für Reflexionsprozesse erprobt wie etwa geschlechterhomogene oder feste Kleinstgruppen. Wichtiges Ziel in Dachau und Buchenwald war, den Grad der Freiwilligkeit dadurch zu erhöhen, dass Wahlmöglichkeiten und fakultative Anteile in das Seminarprogramm integriert wurden.

Die sonst übliche lange Führung wurde in Dachau ersetzt durch eine kurze Überblicksführung am ersten und thematisch vertiefende Angebote in der Gedenkstätte am zweiten Tag. Auch in Buchenwald und Mittelbau-Dora wurden die Führungen aufgeteilt und durch eine Zeit der eigenständigen Erkundung ergänzt. In Mittelbau-Dora war das Seminar bewusst nur zur Hälfte fest geplant, der zweite Teil sollte und konnte den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen angepasst werden. Eine gegenwartsorientierte

Übung zum Thema »Grenzen der Toleranz« wurde hier für den Umgang mit dem Ort umgeschrieben. In Oberhausen ging es vor allem um das Thema »Geschichtskonstruktion und deren Wandel«, das u.a. in einem an den Kontext adaptierten Planspiel zur politischen Auseinandersetzung über die Konzeption einer Gedenkstätte diskutiert wurde.

Vorläufige Ergebnisse

Die Erfahrungen mit den Testseminaren, ihre Bewertung durch die jugendlichen Teilnehmer/innen und die Auswertung der jeweiligen Teamer/innen können an dieser Stelle nicht einzeln dargestellt werden. Die Reflexion der Neuerungen und ihre Resonanz in der Praxis sollen aber zum Abschluss thesenartig zusammengefasst werden:

- Demokratiebildung in Gedenkstätten realisiert sich primär in der Erfahrung und Reflexion eines demokratischen und offenen Bildungsprozesses sowie eines wertschätzenden Umgangs miteinander.
- Aus diesem Verständnis erwachsen radikale Anforderungen sowohl an die Stimmigkeit von demokratischem Selbstverständnis der Bildungsreferent/innen und ihrem professionellen Handeln als auch an die Anlage der Seminarprogramme sowie die Auswahl und Durchführung der Methoden.
- Die Seminarprogramme müssen so angelegt sein, dass sie ermöglichen, das orts- und inhaltsorientierte Arbeiten am historischen Gegenstand in Balance zu bringen mit der Offenheit prozessorientierten Arbeitens, das konsequent die beteiligten Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dies ist ein zentraler Aspekt des Gegenwartsbezugs.
- Für »Demokratiebildung in Gedenkstätten« sind die kompositorische Auswahl von methodischen Einheiten, die demokratierelevante Aspekte thematisierbar und/oder erfahrbar machen soll, sowie die Art ihrer Durchführung entscheidend. Einzelne Methoden bestimmen nicht vorrangig das Profil des Angebots.

Die stärkere Ausrichtung der bisherigen, tendenziell zielorientierten Gedenkstättenpädagogik auf eine so verstandene Prozessorientierung führt zu veränderten Erfolgskriterien für die pädagogische Arbeit. Sie bleiben zum einen an der Vermittlung von Kenntnissen und Zusammenhängen ausgerichtet. Gleichwertig ist aber entscheidend, ob es gelingt, während der Seminare unterschiedliche Spannungsverhältnisse jeweils so auszutarieren, dass eine Balance besteht zwischen Verankerung und Offenheit, Inhalt und Prozess, Orientierung und Irritation sowie Ernsthaftigkeit und Leichtigkeit.

Diskussion und Ausblick

Während des Fachtreffens wurden eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Verknüpfung von Gedenkstättenpädagogik und Demokratiebildung – zumal in Gestalt des Ansatzes, der von der Akademie vertreten wird – sowie die kritische Frage nach dem eigentlich »Neuen« des Projekts artikuliert. Das Projekt legt erste und diskutabile Ergebnisse vor, wie Demokratiebildung integraler Bestandteil von Gedenkstättenpädagogik sein kann. Die Unterscheidung zwischen der Ebene der Multiplikator/innen und derjenigen der Teilnehmer/innen ist dabei wesentlich. Es existieren sowohl evaluierte Erfahrungen dazu, welche Methoden aus den Demokratiebildungs-Programmen sich eignen, das professionelle Selbstverständnis von Gedenkstättenpädagog/innen weiter-

zuentwickeln, als auch dazu, welche Formen der Demokratiebildung (auch) für Seminare mit jugendlichen Teilnehmer/innen geeignet sind.

Demokratiebildung in Gedenkstätten stellt zunächst hohe Anforderungen an das Selbstverständnis, das pädagogische Planen und Programmgestalten sowie an die konkrete methodische Kompetenz der Gedenkstättenpädagog/innen. Es sollte deswegen eine Konzeption für deren Fortbildung entwickelt werden. Die Trainingsinhalte aus dem Kontext der Demokratiebildung in Gedenkstätten dienen insbesondere der Auseinandersetzung mit persönlichen Erfolgskriterien, der Prozessorientierung von Demokratie-Lernen sowie dem Menschenbild, mit dem Multiplikator/innen an Teilnehmende herantreten. Außerdem sollte ein zu qualifizierender und langfristig vernetzter Trainerpool aufgebaut werden, um eine pädagogische Praxis zu fördern, die sowohl theoretisch-konzeptuell als auch methodisch stringent ist. In den punktuellen Testseminaren des laufenden Projektes ist deutlich geworden, dass die Spezifik der jeweiligen Zielgruppe (etwa nach Alter, Bildung, sozialem Hintergrund, Geschlecht, Migrationserfahrungen etc.) in erheblichem Maße relevant ist für die Didaktisierung und methodische Umsetzung einer Demokratiebildung in Gedenkstätten. Die unterschiedlichen Orte (Gedenkstätte, Bildungsstätte, historischer Ort, »Täterort« etc.) ermöglichen und begrenzen darüber hinaus die Art des Bildungsangebotes in spezifischer Weise. Für ein diversifiziertes Angebot sind umfassendere Erfahrungen mit den verschiedenen Zielgruppen und Orten nötig.

In diesem Sinne wird die Weiterführung des Projekts unbedingt angestrebt. Der bisherige Verlauf und die Ergebnisse des Projekts sind ausführlich in dem Reader »Aus der Geschichte lernen?« dokumentiert. Dieser kann gegen einen Unkostenbeitrag von EUR 5,- in Briefmarken im Jugendgästehaus Dachau bestellt oder demnächst von der Homepage des C.A.P. heruntergeladen werden.

Jugendgästehaus Dachau
info@jgh-dachau.de
Tel. 08131/617710
oder: www.cap-akademie.de

Verena Haug ist Mitarbeiterin im DFG-Projekt »Der Umgang mit den Paradoxien politisch-moralischer Erziehung« in Frankfurt am Main und promoviert derzeit über das Thema »Pädagogische Kommunikation in Gedenkstätten«. Imke Scheurich, Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt außerschulische politische Bildung, ist pädagogische Mitarbeiterin des Jugendgästehauses Dachau. Gottfried Köbler, Lehrer für die Fächer Geschichte, Deutsch und Politik, ist pädagogischer Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main.

Dr. Gerhard Klopfer – Ein »integro- und nobler Rechtsanwalt der alten Schule« ?

WIE SICH EIN TEILNEHMER DER WANNSEE-KONFERENZ
IN DER BUNDESREPUBLIK INTEGRIERTE

Markus Heckmann



Porträt Klopfer aus
seiner Personalakte
der SS, Foto: Bundes-
archiv Berlin

Dr. Gerhard Klopfer lebte von 1956 bis zu seinem Tod völlig unauffällig als Rechtsanwalt in Ulm. Erst seine Todesanzeige, die am 2. Februar 1987 in der Ulmer Südwestpresse erschien, sorgte für Aufregung: »Wir trauern um Dr. jur. Gerhard Klopfer nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren.«¹ Keine verwerfliche Formulierung, hätte es sich bei Klopfer nicht um den ehemaligen Staatssekretär in Martin Bormanns Partei-Kanzlei gehandelt, der nun als letzter noch lebender Teilnehmer der Wannsee-Konferenz gestorben war.

Als »empörend« bezeichnete der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlins, Hans Galinski, die Würdigung Klopfers, zumal in Berlin erst einige Tage zuvor der 45. Jahrestag der Wannsee-Konferenz begangen worden war. Die SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat sah im Wortlaut der Todesanzeige eine Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes und erstatte Anzeige wegen des Verdachts der »Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener«. Die Lokalzeitungen berichteten in den folgenden Tagen über die Vergangenheit des Rechtsanwalts, der 30 Jahre lang in Ulm gelebt hatte, »ohne groß aufzufallen«.²

»Einsatzbereiter und strebsamer SS-Führer mit sehr guten Kenntnissen auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts«

Das Bild, das sich über Klopfer aus den Akten der Parteikanzlei³ ergibt, zeigt ihn als absolut zuverlässigen und hochqualifizierten Funktionär, und als einen klassischen Vertreter der »Generation des Unbedingten«.⁴ 1905 geboren, erlebte Klopfer als junger Erwachsener den durch die Inflation verursachten Niedergang der elterlichen Landwirtschaft in Schlesien und meldete sich als 18jähriger freiwillig zum Militärdienst. Als Student der Rechtswissenschaft in Breslau, Jena und Berlin schloss er sich dem Deutschen Hochschulring an und machte früh Bekanntschaft mit Weggefährten wie dem späteren Staatssekretär im Reichsinnenministerium Wilhelm Stuckart oder dem späteren Justitiar der SS und Reichsbevollmächtigten für Dänemark, Werner Best. Nach seinem Eintritt in die NSDAP im April 1933 arbeitete Klopfer kurzzeitig als Rechtsanwalt und Richter in Düsseldorf, kam im Dezember 1933 zum Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und wurde ein Jahr später zum Dienst bei der Preußischen Gestapo beurlaubt. 1935 wechselte Klopfer zum Stab des Stellvertreters des Führers⁵, wo er innerhalb von nur sechs Jahren vom Oberregierungsrat zum Staatssekretär und Leiter der Abteilung III für staatliche Aufgaben aufstieg. Diese steile Karriere war für Klopfer nur möglich, weil in seinem Fall von den »Reichsgrundsätzen über die Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten« abgesehen wurde. Zu jung und noch nicht lange genug verbeamtet, wurde er dennoch befördert, »da Klopfer der persönliche Referent des Stabsleiters Bormann ist und sowohl Art und Umfang seiner Tätigkeit als auch die in Erfüllung seiner Obliegenheiten gezeigten Lei-

stungen eine vorzugsweise Beförderung rechtfertigen«.⁶ Parallel zu seinem Aufstieg in der Partei-Kanzlei wurde Klopfer in den Ehrenrängen der SS befördert und schaffte es bis zum SS-Gruppenführer. In seiner SS-Personalakte wird er als »einsatzbereiter und strebsamer SS-Führer mit sehr guten Kenntnissen auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts« beurteilt. Diese brauchte Klopfer, denn zu seinen Aufgaben gehörte es, die Interessen der Partei beim Gesetzgebungsverfahren gegenüber den staatlichen Behörden durchzusetzen. So war er persönlich an Ausarbeitungen zu Durchführungsverordnungen der Nürnberger Gesetze beteiligt. Gerade bei der Judenverfolgung zeichnete sich die Partei-Kanzlei durch eine besondere Radikalität aus. So legte sie sich bei der Frage, wie mit »Judenmischlingen« umzugehen sei, Ende 1941 mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) auf die gemeinsame Linie fest, den Kreis der zu deportierenden »Fremdblütigen« möglichst weit zu fassen. Als Reinhard Heydrich auf der Wannsee-Konferenz vorschlug, Mischlinge 1. Grades, unter Berücksichtigung einiger Ausnahmen, den Juden gleichzustellen und mit in die Deportationen einzubeziehen, dürfte Klopfer wenig überrascht gewesen sein. Durchsetzen konnte sich das RSHA und die Partei-Kanzlei mit dieser Vorgehensweise jedoch nicht. In den letzten Kriegsjahren war Klopfer neben der Judenverfolgung vor allem mit Verordnungen zur Mobilmachung der Bevölkerung für den Kriegseinsatz und zur Lebensmittelversorgung der Reichsbevölkerung befasst.

Vom »war crime suspect« zum »Minderbelasteten«

In den Wirren des Kriegsendes schaffte es Klopfer unterzutauchen. Erst am 1. März 1946 wurde er von Agenten des Counter Intelligence Corps (CIC) in München mit falschen Papieren auf den Namen Otto Kunz festgenommen, zunächst ins Internierungslager Dachau eingeliefert und später in die Lager Ludwigsburg und Nürnberg-Langwasser überstellt. Klopfer wurde im »Wilhelmstraßen-Prozess« als Zeuge befragt und zwischen März 1947 und Januar 1948 insgesamt zehn Mal von den amerikanischen Anklägern vernommen. Bei den Verhören, die meist der stellvertretende Chefankläger Robert Kempner führte, verhielt sich Klopfer geschickt. Er bestritt nichts, was die Ermittler ohnehin schon wussten und gab sich in allen anderen Angelegenheiten ahnungslos. Er behauptete, 1935 gegen seinen Willen zur Parteikanzlei abkommandiert worden zu sein und lediglich seine fachlichen Fähigkeiten seien der Grund für seine schnelle Beförderung gewesen. Alle politische Verantwortung habe bei seinem Vorgesetzten Martin Bormann gelegen. Mit dem Protokoll der Wannsee-Konferenz konfrontiert, behauptete Klopfer, sich an den Wortlaut, wie er im Protokoll festgehalten ist, nicht zu erinnern. Er sei immer davon ausgegangen, dass die Juden lediglich »umgesiedelt« werden sollten. Zu einer Anklage in Nürnberg kam es nicht. Die amerikanischen Anklagebehörden beendeten ihre Arbeit und übergaben den Fall

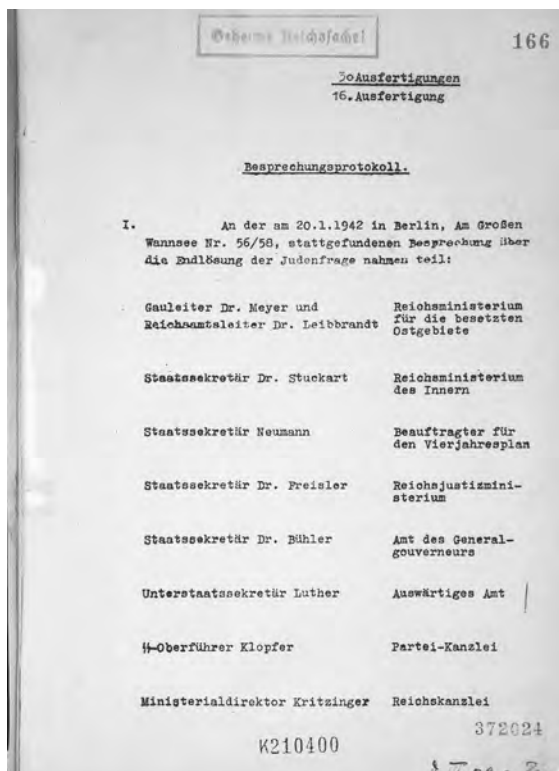


Im Ulm der Nachkriegszeit konnte sich Klopfer unbehelligt niederlassen.
Foto: DZOK-Fotoarchiv R1/607

Klopfer an die Nürnberger Spruchkammer. Diese stufte Klopfer als »minderbelastet« ein und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 2000 Mark und einer dreijährigen Bewährungsfrist, in der Klopfer nur einfacher beruflicher Tätigkeit nachgehen durfte. Zwar folgte die Spruchkammer in wesentlichen Punkten der Anklage, die Klopfer wegen seiner hohen Stellung als »Hauptschuldigen« verurteilen wollte. Letztendlich überwogen aber mildernde Umstände.

Klopfer konnte die Kammer unter anderem davon überzeugen, dass er seine Funktion dahingehend wahrgenommen habe, radikale Gesetzesvorhaben abzumildern. Als vermeintliche Beweise dafür reichte er zwei Duzend Eidesstattliche Erklärungen ein, die ehemalige Mitarbeiter aus der Partei-Kanzlei und Ministerien für ihn verfasst hatten.

Traut man diesen Dokumenten, dann war Klopfer wohl so etwas wie ein Widerstandskämpfer. Wilhelm Stuckart z.B. schrieb: »Dr. Klopfer versuchte immer ausgleichend zu wirken und den radikalen Forderungen Bormanns die Schärfe zu nehmen. Auch in der Judenfrage nahm Dr. Klopfer stets einen gemäßigten, von Vernunft und Menschlichkeit bestimmten Standpunkt ein.«⁷



Ein »integrierter und nobler Rechtsanwalt der alten Schule«

Während seiner Bewährungsfrist arbeitete Klopfer als Tischlergehilfe bei der Bau- und Möbelschreinerei Anton Hölzle in Altenstadt an der Iller. Seine ehemalige Sekretärin Emma Hölzle, die Schwiegertochter des Unternehmers, hatte ihm zu dieser Stelle verholfen. Gegen Ende seiner Bewährungsfrist bemühte sich Klopfer um eine Lizenz als Anwalt zunächst in Bayern. Das bayerische Justizministerium lehnte seinen Antrag jedoch ab, weil Klopfer sein Staatsexamen nicht in Bayern abgelegt hatte.

Mehr Glück hatte Klopfer beim Stuttgarter Justizministerium. Nachdem er seinen anwaltschaftlichen Probendienst in einer Memminger Kanzlei nachgeholt

Auszug aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz. Für seine Beteiligung am Holocaust wurde Klopfer letztendlich nur zu einer Geldstrafe von 2000 Mark verurteilt. Foto: Politisches Archiv vom Auswärtigen Amt Berlin, R100857, Bl. 166

hatte, eröffnete er am 29. Februar 1956 eine Kanzlei in der Ulmer Innenstadt. In seinem Antrag zur Niederlassung hatte Klopfer wahrheitsgemäß Angaben zu seiner Vergangenheit bei der Partei-Kanzlei gemacht. Dass man im Stuttgarter Justizministerium darin keinen Grund sah, Klopfer eine Lizenz zu verweigern, verwundert nicht angesichts der politischen Stimmung in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Die Durchführungsgesetze des Grundgesetzartikels 131 ermöglichten Tausenden ehemaligen NS-Beamten die Rückkehr in den Staatsdienst und die vom Bundestag 1949 und 1954 verabschiedeten Straffreiheitsgesetze machten wesentliche Maßnahmen der alliierten Entnazifizierung rückgängig.

Das Nebeneinander von fortexistierenden national-konservativen Wirkungskreisen und neuen demokratischen Aufbrüchen, wie es in der Bundesrepublik der 50er Jahre bestand, lässt sich am Beispiel Ulms besonders gut aufzeigen.⁸ Nachkriegsgründungen,

die über die Grenzen Ulms hinaus Bekanntheit erreichten, waren die Volkshochschule und die Hochschule für Gestaltung. Die Initiative für beide Einrichtungen war von Inge Scholl, der ältesten Schwester von Hans und Sophie Scholl, und ihrem späteren Ehemann Otl Aicher ausgegangen. Ihr Ziel war es, im Sinne der ermordeten Mitglieder der »Weißen Rose« einen Beitrag zum politischen und kulturellen Neuanfang zu leisten. Hatte die »Weiße Rose« in ihren Flugblättern die »Apathie und Flucht der deutschen Intelligenz in ein Kellerloch« beklagt, »um dort als Nachtschattengewächs, dem Licht der Sonne verborgen, allmählich zu ersticken«,⁹ so galt es nun, das Selbstbewusstsein der Demokratie wieder aufzubauen. Mit diesem Anspruch lockte die Volkshochschule Referenten aus dem ganzen Land nach Ulm, darunter Heinrich Böll, Golo Mann oder

Auszug aus Klopfer Personalakte bei der SS. Sie zeigt das Bild eines fähigen und strebsamen Funktionärs. Foto: Bundesarchiv Berlin

Personal-Bericht

des H-Stabes: Dr. Gerhard Klopfer ehrenamtl. Mitarb. SS-0A-000
(Dienstort) (Name und Dienstort) (Dienstort und Dienstort)

Mitgl.-Nr. der Partei: 1 706 842 H.-Karte-Nr.: 272 227

Zeit wann in der Dienststellung: Sommer 1934 Beförderungstermin zum letzten Dienstort: 30.1.1937

Ort/Ort, Geburtsort (Kreis): 16.8.1905 zu Schönbundorf/Schlesien.

Beruf: 1. vormalig: Jurist 2. jetzig: Min.-Rat in Stab Hess

Wohnort: München-Pullach Straße: Sonnenweg 10

Verheiratet: ja Wohnname der Frau: Müller Hildegard Kinder: Karl-Gottl.

Geschäftlich seit: --

Verheiratet: keine

Verfessungen, Verletzungen und Strafen im Kampfe für die Bewegung: keine

Beurteilung

I. Allgemeine äußere Beurteilung:

1. rassistische Gesinnung: vorwiegend nordisch
2. verlässliche Haltung: korrekt und zuvorkommend
3. Auftreten und Verhalten in und außer Dienst: ohne Beanstandung
4. geistliche Verhältnisse: geordnet
5. Familienverhältnisse: geordnet

II. Charaktereigenschaften:

1. allgemeine Charaktereigenschaften: fleißig und strebsam
2. geistige Kräfte: sehr regsam und lebhaft
3. Anstellungsvoraussetzungen: reich und gründlich
4. Willenskraft und persönliche Werte: ausreichend vorhanden
5. Willen und Übung: überdurchschnittlich
6. Lebensauffassung und Lebensvermögen: gefestigt
7. besondere Verdienste und Fähigkeiten: sind nicht bekannt geworden
8. besondere Mängel und Schwächen: sind nicht bekannt geworden

SSV K 11 000-Centralformul. H. 2. Zitat: München (Praxis, 1934)

III. Ausbildungsgang (alte Armee, NSD, Wehrmacht, Polizei, Wehrmacht II); innere Dienststellung in der H: als Zeitfreiwilliger der alten Armee im Jahre 1923

IV. Grad und Fertigkeit der Ausbildung:

1. im Ordnungsbereich:
 1. praktische Kenntnisse:
 - theoretische:
2. im Schulbereich:
 1. praktische:
 - theoretische:
3. im Sport:
 1. praktische:
 - theoretische:
3. bei Sportwettkämpfen: SA-Sportabzeichen
4. Wettkämpfe:
 1. eigenes Wissen: gründlich vorhanden
 2. Fähigkeit des Vortragens: gut
 3. Einstellung zur nat.-soz. Wettkampfsache: gefestigt
5. Fähigkeiten und Kenntnisse im Innendienst, Disziplinieren und Verwaltung: guter Verwaltungsjurist


Schlußbeurteilung: einstrebenwilliger und strebsamer H-Führer mit sehr guten Kenntnissen auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts.

Eignung:

1. geeignet für jetzige Dienststellung ohne Ausdehnung auf höher: --
2. geeignet für andere Dienststellungen (welche): --

Stellungnahme der vorgelegten Dienststellen:

Auf Grund vorstehender Beurteilung wird anliegender Beförderungsvorschlag von mir bekräftigt.

 Klopfer
H.-Führer.

Max Horkheimer. Aus dem Kreis der Volkshochschule entstand wiederum die Gründungsidee der »Hochschule für Gestaltung«, die an die Tradition des Bauhaus anknüpfen wollte. Ziel der Ausbildung sollte der »politisch denkende und mit modernen Methoden vertraute schöpferische Mensch [sein], der mit sozialem Verantwortungsbewusstsein die Lebensform unseres technischen und industriellen Zeitalters gestaltet.«¹⁰ Es war die Verbindung des Namens Scholl mit der Tradition des Bauhaus, die die Hochschule für Studenten aus der ganzen Welt attraktiv machte. Wer glaubte, keine weltanschauliche Neuorientierung zu brauchen, und lieber an den alten Idealen festhielt, der fand seine politische Heimat in der »Gesellschaft für neue Staatspolitik« (GSP). Nach außen trat diese Gesellschaft durch gut besuchte Vorträge und Wochenendseminar in Erscheinung, war von der Mitgliederzahl her jedoch ein kleiner Verein. Unter den 19 Mitgliedern finden sich ehemalige Generäle und Adlige.

Gerhard Klopfer war nicht Mitglied in der Gesellschaft, gehörte aber dem größeren Gästekreis an. Vorsitzender der GSP war der Rechtsanwalt und CDU-Stadtrat Dr. Rolf Nissen, der mit hohem persönlichen Engagement als Verteidiger beim Ulmer Einsatzgruppen auftrat und gegen das Urteil gegen seinen Klienten, den ehemaligen Polizei-Leutnant Werner Schmidt-Hammer, Berufung einlegte und bis vor den Bundesgerichtshof zog.

Ermittlungen der Ulmer Staatsanwaltschaft wegen »Beihilfe zum Mord«

Auch im Fall Gerhard Klopfer wurde die bundesdeutsche Justiz aktiv. Im September 1960 stellte der Berliner Bundestagsabgeordnete Franz Neumann (SPD) eine Anfrage an die Bundesregierung, ob gegen den Stellvertreter Martin Bormanns, Dr. Gerhard Klopfer, strafrechtlich ermittelt werde. Neumann war durch einen Artikel von Robert Kempner im New Yorker Aufbau auf Klopfer aufmerksam geworden. Kempner beschwerte sich, dass in Deutschland nie Anklage gegen Klopfer erhoben worden war, obwohl er als stellvertretender Chef-Ankläger genügend belastendes Material zusammengetragen habe. Bundesjustizminister Schäffer (CSU) versprach, die Möglichkeit zu prüfen, ein Ermittlungsverfahren gegen Klopfer aufzunehmen. Die Ulmer Staatsanwaltschaft musste nun gegen einen Kollegen wegen »Beihilfe zum Mord« ermitteln.

Die Chancen, Klopfer nun zur Rechenschaft zu ziehen, standen nicht schlecht. In

Ludwigsburg war die »Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« gegründet worden und in Jerusalem hatte Adolf Eichmann vor seiner Hinrichtung Angaben zur Judenverfolgung gemacht und dabei die Partei-Kanzlei belastet.

Dennoch wurde das Verfahren gegen Klopfer nach 16monatiger Ermittlungsdauer eingestellt. In der Begründung der Ulmer Staatsanwaltschaft heißt es: »Nachdem Hitler, Himmler und Heydrich die Vernichtung der Juden beschlossen und zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 sogar mit

der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen begonnen hatte, bestand für den Beschuldigten keine Möglichkeit, die Durchführung des Massenmordprogramms zu verhindern oder zu erschweren.«¹¹

Trotz der Gerüchte, die nun in der Ulm kursierten, Klopfer sei etwas Großes bei den Nazis gewesen, lebte er weiter unbehelligt in der Stadt. Er fiel nur durch seine extreme Höflichkeit auf. Wenn man ihn auf der Straße traf, so berichteten Zeitzeugen übereinstimmend, habe Klopfer stets den Hut gezogen, sich tief verbeugt und die Hacken zusammengeschlagen. Bei den Ulmer Juristen genoss Klopfer weiterhin hohes Ansehen. Der Baden-Württembergische Justizminister Hans Eyrich (CDU) ließ es sich nicht nehmen, Klopfer persönlich zu dessen 70. und 75. Geburtstag zu gratulieren. Zuvor ließ sich der Minister beim Präsidenten des Ulmer Landgerichts über die Tätigkeit und den Gesundheitszustand des Jubilars informieren. Dieser antwortete: »Er [Klopfer] ist als Beratungs- und Prozessanwalt äußerst korrekt, von vollendeten Umgangsformen als Vorbild des integren und noblen Rechtsanwalts der Alten Schule beim Landgericht sehr geschätzt und respektiert.«¹²

Todesanzeige Ulmer
Südwest Presse
2.2.1987. Erst sie lenkte
Aufmerksamkeit auf
den gerade verstorbenen
NS-Funktionär.
Foto: Südwest
Presse Ulm

Wir trauern um

Dr. jur. Gerhard Klopfer

Rechtsanwalt

nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflüßbereich waren.

Die Ehefrau: **Rosl Klopfer**
Die Schwester: **Paula Klopfer**
Die Töchter und Schwiegersöhne: **Helga und Wilfried Müller**
Inge und Karl Sedelmeyer
Hilde und Alfred Kern
Elke und Walter Gandra
mit 19 Enkeln

Ulm/Donau, Zinglerstraße 76
Er hat in Hohenlohe-Langenburg seine bleibende Ruhestätte gefunden.
Die Beerdigung fand im engsten Familienkreis statt.

Rückzug ins Private

Dass ein nationalsozialistischer Staatssekretär, der an der gesetzlichen Entrechtung der Juden beteiligt und in die Vernichtungspläne eingeweiht war, nie zur Rechenschaft gezogen wurde, ist ein Skandal – letztendlich aber die Konsequenz aus dem Umgang der jungen Bundesrepublik mit NS-Tätern. Eine umfassende politische Säuberung, wie sie die Alliierten vornehmen wollten, war nicht möglich, gerade weil sich zu viele Deutsche tief mit dem Nationalsozialismus eingelassen hatten. Bei den Spruchkammerverfahren ging es nicht mehr darum, Tätern eine gerechte Strafe zuzufügen, sondern die Masse an Verdächtigen möglichst schnell ins Zivilleben zu schleusen, damit diese am Wiederaufbau Deutschlands teilnehmen konnten. Anschließend ging es der bundesdeutschen Regierung und Opposition darum, ehemaligen Nationalsozialisten den Weg in die Republik zu ebnen, anstatt ihre Verbrechen juristisch und gesellschaftlich aufzuarbeiten.

An Gerhard Klopfer ging die Entnazifizierung dennoch nicht spurlos vorüber. Vier Jahre Internierungslager und fünf Jahre, in denen Klopfer als Tischlergehilfe unter prekären Verhältnissen eine sechsköpfige Familie zu versorgen hatte, mögen dazu beigetragen haben, dass er sich nie wieder politisch betätigte. Er zog sich vollkommen ins Privatleben zurück und betrieb in seiner Freizeit einen Bauernhof im Fränkischen, wo er Dinkel und Kartoffeln anbaute.

Markus Heckmann hat Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert und bei Prof. Heinrich August Winkler eine Masterarbeit über Gerhard Klopfer vorgelegt, die 2008 im Verlag Klemm & Oelschläger erscheinen wird.

- 1 Erschienen in der Südwestpresse Ulm, 2.2.1987.
- 2 Südwestpresse Ulm, 11.02.1987.
- 3 Da der Aktenbestand der Parteikanzlei im Krieg weitgehend zerstört wurde, war es lange Zeit nur unter erschwerten Bedingungen möglich, über die Partei-Kanzlei zu forschen. Erst durch die Rekonstruktion des Aktenbestandes durch das Institut für Zeitgeschichte in den 1980er Jahren ist eine benutzerfreundliche Quellenedition entstanden: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, Bd. 1–2 München 1983, sowie Bd. 3–4, München 1992.
- 4 Siehe Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führerkorps des Reichsicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- 5 Nach Rudolf Heß: Englandflug 1941 wurde der Stab des Stellvertreter des Führers in Partei-Kanzlei umbenannt und Martin Bormann zu deren Leiter ernannt.
- 6 So in einem Schreiben des Staatssekretärs im Reichsinnenministerium Pfundter an den Reichsminister der Finanzen vom 23.03.1938 anlässlich Klopfers Beförderung zum Ministerialrat. Akten der Parteikanzlei 103 06273-06238.
- 7 Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Stuckart, verfasst im Nürnberger Gerichtsgefängnis am 16.06.1948, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 840 II Bü 867, Blatt 97/2.
- 8 Siehe dazu den Artikel von Silvester Lechner im Gedenkstättenrundbrief 10/2006 und 12/2006.
- 9 Zweites Flugblatt der Weißen Rose zitiert nach Schüler, Barbara: Von der Weißen Rose zur Weißen Eule. Die Anfänge der Ulmer Volkshochschule. Sonderveröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zum 50. Bestehen der Ulmer Volkshochschule, Ulm 1996, S. 11.
- 10 Zitiert nach Hanslovsky, Sabine: »Fangen wir in Ulm an« Die Ulmer Volkshochschule und die Entstehung der Hochschule für Gestaltung, in: Hochschule für Gestaltung Ulm. Die frühen Jahre, hrsg. v. HfG-Archiv (Dokumentation Bd. 5) Ulm 1995, S. 12–28, S. 22.
- 11 Erklärung zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Ulm vom 29.1.1962, Bundesarchiv, B 162/AR 1187/61, Blatt 16/7.
- 12 Aktennotiz vom 08.02.1980, Justizministerium Stuttgart, Personalakte Gerhard Klopfer 33947, Blatt 69.

Zug der Erinnerung

Hans-Rüdiger Minow, Renate Dreesen

Zwischen Oktober 1940 und Dezember 1944 deportierten die deutschen Behörden und NS-Dienststellen aus dem Reichsgebiet und den unterworfenen Staaten Europas mehrere hunderttausend Kinder. Unter dem Decknamen DA (»David«) steuerten die Züge die Vernichtungslager an. Auch Kinder der Sinti und Roma wurden deportiert. Durch ganz Europa schleuste die Reichsbahn junge Gefangene, um sie dem Tod auszuliefern. Unter den Opfern warhen mehrere zehntausend Kinder aus Deutschland. Über sie und über ihre Leidensgefährten aus fast sämtlichen Staaten des Kontinents ist in der breiten Öffentlichkeit nur wenig bekannt.

Wie viele der Kinder überlebten, ist bis heute unerforscht. Tausende sind vermisst und verschollen. Fotos aus den Familialalben einer glücklichen Kinderzeit sind oft das einzige, was geblieben ist. Die Lebensläufe und Dokumente tausender Kinder stehen nicht nur stellvertretend für das Los der Millionen, die ermordet wurden. Sie verweisen zugleich auf einen schwerwiegenden Zivilisationsbruch. Spätestens beim Anblick der Kinder hätten die Täter und Helfer, die Mitwisser und Augenzeugen Nein sagen müssen. Manche haben davor zurückgeschreckt, diese letzte Schwelle zur Unmenschlichkeit zu übertreten, kaum einer jedoch hat es aber gewagt, sich der Tat zu verweigern.

Die Verantwortung für Auschwitz und die anderen Mordstätten Nazideutschlands übernehmen heißt, sich diesem Zivilisationsbruch zu stellen und in die Augen der deportierten und ermordeten Kinder zu schauen. Deutsche Bürgerinitiativen lassen einen Zug der Erinnerung durch Deutschland fahren – damit der Kinder und Jugendlichen endlich gedacht werden kann.

Der Zug

Der Zug der Erinnerung fuhr probeweise erstmals am 27. Januar 2007 in Würzburg, um der Kinderdeportationen in Mainfranken zu gedenken. Die historische Lok und wenige Wagen mit Fotos der Kinder und Dokumenten über das regionale Deportationsgeschehen riefen bundesweit erhebliches Medieninteresse hervor. Die ungewöhnliche Darstellungsform und der einfache Bezug zwischen Vergangenheit und Gegenwart, der im Bahnhof, dem früheren wie heutigen Handlungsort, hergestellt werden konnte, machte die Präsentation gerade für Jugendliche gut nachvollziehbar. Vor dem Hintergrund der in Würzburg gewonnenen Erfahrungen soll der Zug der Erinnerung bundesweit verkehren. Während des Aufenthalts des Zuges der Erinnerung werden zusätzlich vor Ort Veranstaltungen stattfinden und gesellschaftliche Initiativen Gelegenheit zu eigenen, ergänzenden Darstellungen haben. Je nach örtlichen Aktivitäten verlässt der Zug der Erinnerung spätestens am Ende einer Woche die Region und wechselt in die nächste, um dort den Impuls für Erinnern, Forschen und Gedenken weiterzugeben.

Die Ausstellung

Der Zug der Erinnerung besteht aus mehreren Waggons, in denen die Geschichte der europäischen Deportationen, Fotos und Schicksale der Kinder und Filmsequenzen gezeigt werden. Schwerpunkt der Ausstellung ist das Deportationsgeschehen in Deutschland.

In einem der Wagenteile hält der Zug der Erinnerung eine Rechereheneinheit bereit: Computer und Handbibliothek laden zur Spurensuche ein. Hier besteht auch die Möglichkeit, über die Ausstellung zu sprechen und Erfahrungen auszutauschen.

Die Strecke

Fast sämtliche deutschen Bahngleise waren in das Deportationsgeschehen einbezogen. Die europaweite Logistik der Verschleppung und Vernichtung hätte ohne die Dienste der Reichsbahn nicht funktionieren können. Die Durchgangsstrecken dieser Transporte kreuzten große deutsche Städte: Hamburg, Köln, Frankfurt a. M. oder Dresden. Auf den Bahnhöfen schienen sich die Wartenden an den Anblick der Todeszüge gewöhnt zu haben.

Kaum ein Bahngleis, das an die Schicksale der Verschleppten erinnert; wenige Bahnhöfe, in denen ein Ort des Gedenkens besteht.

Der Zug der Erinnerung wird auf seinem Weg durch Deutschland über einen Teil der Deportationsstrecken fahren – an sämtlichen Bahnhöfen zu halten, über die Millionen Deportierte geschleust wurden, würde Jahre dauern. Welche Städte der Zug anfahren kann, hängt von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Orte ab: Initiativgruppen, Organisationen, aber auch Netzwerke einzelner Interessierter können den Zug der Erinnerung anfordern.

Die Erinnerung

Warum ist über das Schicksal der Kinder so wenig bekannt? Warum erinnern wir uns nicht?

Prof. em. Dr. Peter Krahulec meint: »In der Tat besteht hier – trotz der bröckelnden Amnesie – eines der letzten Tabus des bundesrepublikanischen Geschichtsbewusstseins.«

Erinnerung ist konkret: Spurensuche nach Menschen und Ereignissen, die vergessen scheinen und beschwiegen werden.

Spurensuche

Von den Deportationsopfern, vor allem aber von den Kindern und Jugendlichen gibt es bisher nur wenige Fotos und Dokumente – ihr Leben war oft sehr kurz.

Der Zug der Erinnerung soll anregen, vor Ort, in den Städten, in denen der Zug hält, nach den Spuren und den Lebenszeugnissen der Kinder und Jugendlichen zu suchen.

Dort, wo sich Interessierte, Gruppen und gesellschaftliche Organisationen für diese Suche einsetzen, wird der »Zug der Erinnerung« halten – an den Bahnhofsstationen eines Leidensweges, der dem Vergessen entrissen werden muss. Besonders sollen Schulen und Schulklassen zur Spurensuche angeregt werden, aber jeder interessierte Bürger, jeder Nachbar kann sich beteiligen.

Die bundesweite Spurensuche wird unterstützt durch die Körber-Stiftung in Hamburg, die seit vielen Jahren den Geschichtswettbewerb ausrichtet:

www.koerber-stiftung.de/wettbewerbe/geschichtswettbewerb.

Folgende Fragen geben Anregungen für die Spurensuche:

- Welche Kinder und Jugendlichen wurden aus meiner Stadt deportiert?
- Mit welcher Person will ich mich näher beschäftigen?
- Wo hat das Kind gelebt? Wer waren die Eltern?



Deportation in Hanau
am 30. Mai 1941,
Foto: Franz Weber,
Bildstelle Hanau

- Gibt es noch Familienangehörige?
- Gibt es die Straße, das Haus heute noch?
- Gibt es noch Nachbarn, die sich an die Kinder erinnern?
- Gibt es Fotos, Briefe, Gegenstände, die den ehemaligen Nachbarn gehörten?
- Welche Schulen haben die Kinder besucht?
- Gibt es diese Schulen noch heute?
- Finden sich im Schularchiv Unterlagen, Schülerkarteikarten, Schülerakten, Zeugnisse, Prüfungsunterlagen, Klassenfotos etc.?
- Welche Erinnerungen haben ehemalige Klassenkameraden?

Didaktische Anregungen

Der Zug der Erinnerung ist ein Projekt deutscher Bürgerinitiativen, die ein Zeichen gegen Geschichtsvergessenheit, Antisemitismus und die extreme Rechte setzen wollen. Deswegen fährt der Zug insbesondere für Jugendliche, die in den Opfern der NS-Deportationen ihresgleichen erkennen können und ermöglicht Empathie.

Für diese emotionale Annäherung stellt der Zug einen Handlungsort zur Verfügung. Er knüpft an die Ereignisse der Vergangenheit an und ist aus alltäglichen Gegenwartserlebnissen vertraut. Deswegen steht im Mittelpunkt unseres didaktischen Konzepts der Zug.

Für die Initialisierung der Spurensuche hält der Zug einen Computer-Arbeitsplatz und eine Auswahlbibliothek bereit. Am Computer kann das digitalisierte Gedenkbuch des Bundesarchivs aufgerufen und nach den Namen der vor Ort deportierten Kinder durchsucht werden. Zusätzliche Ansatzpunkte für die Recherche bietet die Auswahlbibliothek. Dieser Handapparat wird an den jeweiligen Orten um regionale Publikationen ergänzt. Sie werden von den lokalen Initiativen zusammengestellt und im Zug präsentiert – ebenso wie Hinweise auf zusätzliches Material.



Beispiel einer Spurensuche aus Darmstadt von Renate Dreesen

Facing History and Ourselves

»Seit vielen Jahren arbeite ich mit dem Programm *Facing History and Ourselves*.¹ Dieses Programm wurde vor fast 30 Jahren entwickelt, um das Rassismus – Problem in Amerika anzupacken. Es bietet meiner Ansicht nach viele gute vor allem methodische Ansätze für den Zugang zur Geschichte des Holocaust. Dabei geht es nicht in erster Linie um das Vermitteln von historischen Fakten, sondern um das Handeln von Personen und unsere heutige Haltung zu diesem Handeln.

Gerade in dem Ansatz *Facing History and Ourselves* sehe ich Möglichkeiten, mit Schülern über die Shoah zu arbeiten und dabei nicht bei der Bekundung allgemeiner Betroffenheit stehen zu bleiben. Ausgehend von der Reflexion der eigenen Identität, auch eigenen Erfahrungen mit Verletzung und Diskriminierung werden eigene Vorurteile bewusstgemacht und damit eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, sie zu überwinden.

Für die konkrete Arbeit ist für mich wichtig, an eigenen Bezugspunkten anzuknüpfen, d.h. in der Schule, am Wohnort, aber auch in der Familie und sich besonders einzelnen Schicksalen zuzuwenden. Die Spurensuche knüpft an der Erforschung unserer Schulgeschichte an, die 1998 mit der Publikation »Schule gestern – Schule heute« abgeschlossen wurde.²

Von Darmstadt aus fanden über die Justus-Liebig-Schule in den Jahren 1942 und 1943 Deportationen aus dem ganzen südhessischen Raum statt³, die Schule diente als Sammellager. Die Listen der verschiedenen Deportationen sind erhalten und zugänglich.⁴ Es lag also nahe, ausgehend von diesen Listen auf Spurensuche zu gehen. Mittlerweile liegen nicht nur die Listen für Darmstadt vor⁵, sondern auch die Deportationslisten aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen.⁶

Als ich das Projekt den Schülern vorstellte, bat ich sie, aus den Deportationslisten möglichst Namen herauszusuchen, zu denen sie einen Bezug herstellen können: Per-

Deportation
mainfränkischer Juden
am 25. April 1942,
Foto: Privatarchiv
Isaac Wahler

Deportation
mainfränkischer Juden
am 25. April 1942,
Foto: Privatarchiv
Isaac Wahler



sonen aus ihrem Wohnort (unsere Schule hat ein sehr großes Einzugsgebiet), ihrer Straße etc. Ich regte dazu an, in die Archive zu gehen, in die Straßen, Nachbarn zu befragen. Dennoch wurden die Jugendlichen oft abgewiesen und es bedurfte vieler Ermutigungen, beharrlich weiter zu machen. Auch stellte es sich als hilfreich heraus, den Schülern ein offizielles Schreiben der Schule mitzugeben, in dem das Projekt beschrieben und um Unterstützung gebeten wurde.

Wenn Schülerinnen und Schüler auf Spurensuche gehen und Erinnerungsarbeit leisten, so ist das nicht Selbstzweck. Aus der Geschichte lernen heißt, sich dafür zu engagieren, dass sie sich nicht wiederholt. Indem wir uns erinnern, stellen wir uns den Versuchen der Verdrängung und Leugnung entgegen.

Heute steht für Jugendliche nicht die Frage der Schuld im Mittelpunkt, sondern die der Verantwortung. Empathie für die Opfer und Empfindsamkeit für das Leid anderer ist auch eine Voraussetzung, allen Formen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Minderheiten in unseren Tagen entschiedener und mutiger entgegenzutreten.«

Schüler berichten

»Vor Beginn unseres Projektes hatten wir uns immer nur mit der Judenvernichtung im allgemeinen beschäftigt, aber dies ist nicht zu vergleichen mit unseren Gefühlen und Eindrücken, die wir während unserer Recherchen im Rahmen unseres Projektes bekommen haben. Wir beide haben viele Menschen kennen gelernt. Darunter war eine Jüdin, die den Holocaust überlebt hat, aber nicht über ihre grausamen Erlebnisse sprechen wollte. Eine andere Frau wiederum, deren Mutter Halbjüdin war, erzählte uns, dass ihr Vater, der Deutscher war, Mutter und Tochter in dieser Zeit verließ. Die beiden waren also auf sich allein gestellt und so flüchtete die Mutter mit ihrer kleinen Tochter bis zum Ende des Krieges quer durch ganz Deutschland. Während dieser Gespräche waren wir entweder völlig fassungslos oder wie gelähmt, da uns diese Schicksale sehr nahe gingen.

Natürlich haben wir uns in unserer Recherche nicht nur mit jüdischen Personen beschäftigt. Wir wollten auch wissen, wie ältere deutsche Personen über ihre Vergangenheit reden. Auch hier gab es wieder Unterschiede zwischen einzelnen Personen. Einige versuchten uns zu erklären, dass sie von nichts wussten, andere gaben an, dass sie sich ja selbst in Gefahr gebracht hätten, wenn sie jüdische Menschen bei sich aufgenommen hätten. Und dann gab es auch wieder Leute, die nicht über diese Zeit reden wollten. Bei der Befragung dieser Personen haben wir ganz deutlich gemerkt, dass dieses Thema Jahrzehnte lang tabu war und sie deshalb diese Zeit verdrängt haben.

Für uns waren die Wochen des Erforschens sehr interessant, da wir alle wahrscheinlich die letzte Generation sind, die die Chance hat, mit Menschen zu reden, die den 2. Weltkrieg und den Holocaust erlebt bzw. überlebt haben.« (Lena Schiwiek und Christiane Gittel)

»Es gibt, so stellte sich für mich nach diesem Projekt heraus, immer Gründe, der Menschen zu gedenken, die im 2. Weltkrieg starben, besonders der jüdischen Menschen. Oft hatte man sie zu Namen oder gar Nummern degradiert. Nie wird versucht, die Persönlichkeit der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Mit meinem Gedenken stirbt die Erinnerung an die Person hinter dem Namen nicht.« (Lisa Fröhlich)

Spenden? Streckenpatenschaften!

Den »Zug der Erinnerung« finanzieren viele Einzelpersonen, Gruppen und gesellschaftliche Organisationen. Die Vorbereitungen auf die Fahrt des Zuges, die mobile Ausstellung, Lok, Waggons und Logistik für den mehrmonatigen Schienenweg durch Deutschland wird 90,- Euro/km kosten. Wir bitten um finanzielle Unterstützung oder die Übernahme von Streckenpatenschaften für einen oder mehrere Kilometer.

Zug der Erinnerung – Streckenpatenschaft

Kreissparkasse Köln

BLZ 370 502 99

Konto 0352 550 392

Rüdiger Minow, Jg. 1944, ist der Vorsitzende des »Zugs der Erinnerung«. Studium in Tübingen (Philosophie, Geschichte), Paris und München (Theaterwissenschaften), Farmerbeiter im Kibbutz Adomit (Israel), seit 1983 Autor, Regisseur und Produzent zahlreicher Dokumentationen (u.a. Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Russland, Syrien, Vortrags- und Lehrtätigkeit in Philosophie, Geschichte, Theaterwissenschaften.

Renate Dreesen, Jg. 1953, Studium in Frankfurt und Marburg (Germanistik, Politikwissenschaft, Pädagogik). Lehrerin in Darmstadt, Sprecherin der Initiative Gedenkort Güterbahnhof, Vorsitzende des Arbeitskreises ehemalige Synagoge Pfungstadt. Als 2. Vorsitzende des »Zugs der Erinnerung« leitet sie die Spurensuche im gleichnamigen Projekt.

- 1 FHAO ist ein amerikanisches Programm zur Arbeit mit Holocaust und Demokratieerziehung. Das Fritz-Bauer-Institut hat den Ansatz von FHAO in dem Projekt »Konfrontationen« übernommen.
- 2 Renate Dreesen u.a.: Schule gestern – Schule heute, Schulgeschichte als Schulprojekt, erhältlich in der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule.
- 3 Juden-Deportationen aus Darmstadt 1942/42, Darmstadt 1992.
- 4 Juden als Darmstädter Bürger, hrsg v. Eckhardt G. Frantz, Darmstadt 1984, S. 381ff, siehe hierzu auch die Homepage der »Initiative Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt«: www.denkzeichen-gueterbahnhof.de.
- 5 Darmstadt als Deportationsort, Zur Erinnerung an die unter dem Nazi-Regime aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen deportierten Juden und Sinti, Darmstadt 2004.
- 6 Die Deportationslisten, Veröffentlichung der vollständigen Namenslisten der 1942/43 aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen deportierten Juden, Darmstadt 2004.

Veranstaltungshinweise

Bundesweite Gedenkstättenseminare

Oranienburg, 27.–29. September 2007

48. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Masterplan oder improvisiertes Kalkül? Die Entwicklung der Konzentrationslager 1933 bis 1945«

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Stiftung Topographie des Terrors

Information: Dr. Christel Trouvé, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-15 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Veranstaltungen der Stiftung Topographie des Terrors

Ravensbrück, 3.–7. September 2007

Europäische Sommer-Universität

»Zwangsprostitution und Krieg im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert«

Ort: Gedenkstätte Ravensbrück

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung, Stiftung Topographie des Terrors, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Tagungsbüro der Europäischen Sommer-Universität 2007, Robert Sommer, Straße der Nationen, 16798 Fürstenberg/Havel

Tel. (033093) 60811 | Fax (033093) 60829

www.ravensbrueck.de | sommer-uni@ravensbrueck.de

Berlin, 4. September 2007

Vortrag »Die Deutschen und der Holocaust.

Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte«

Referent: Dr. Bernward Dörner

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, Berlin-Kreuzberg

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-12 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 25. September 2007

Buchpräsentation »Ich werde es nie vergessen. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004–2006«

mit Kontakte e.V.

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, Berlin-Kreuzberg

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-12 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 9. Oktober 2007

Vortrag »Der Juristenprozeß«

Referent: Prof. Dr. Klaus Kastner

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, Berlin-Kreuzberg

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-12 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 16. Oktober 2007

Vortrag »Im Gefolge der SS. Aufseherinnen des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück.«

Referentinnen: Dr. Insa Eschebach und Dr. Simone Erpel

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, Berlin-Kreuzberg

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-12 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 18. Oktober 2007

Lesung »Jüdische Greifer im Dienst der Gestapo« mit Dr. Doris Tausendfreund

Beginn 18 Uhr

Ort: Bibliothek

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-0 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Seminare, Tagungen

Rom, 10.–15. September 2007

Bildungsurlaub »Rom unter deutscher Besatzung: Zeit der Resistenza«

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 45128

Essen

Tel. (0201) 227982 | Fax (0201) 235505 | buero@hu-bildungswerk.de

Berlin, 25. September 2007

Symposium zur Evaluation der Dauerausstellung »Anne Frank hier & heute«

Beginn 14 Uhr

Ort: Anne Frank Zentrum

Veranstalter: Anne Frank Zentrum, Julia Franz, Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin

Tel. (030) 288 86 56-14 | Fax (030) 288 86 56-01

www.annefrank.de | franz@annefrank.de

Westerbork, 2.–4. Oktober 2007

International Conference »The future of lieux de mémoire«

Ort: Centre Camp Westerbork

Veranstalter: Herinneringscentrum Camp Westerbork (Memorial Centre Camp

Westerbork) in collaboration with Nationaal Monument Kamp Amersfoort (National Monument Camp Amersfoort), Nationaal Monument Kamp Vught (National Monument Camp Vught) and the Dutch Ministry of Health, Welfare and Sport
Tel. (0031)-593 592600 | www.kampwesterbork.nl | info@kampwesterbork.nl

Dachau, 5.-6. Oktober 2007

Tagung »8. Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte – Sie waren dabei. Mitläuferinnen, Nutznießerinnen, Täterinnen im Nationalsozialismus.«

Ort: Jugendgästehaus Dachau

Veranstalter: Jugendgästehaus Dachau, Bernhard Schossig,

Roßwachtstraße 15, 85221 Dachau

Tel. (08131) 617710 | Fax (08131) 617719

www.dachauer-Symposium.de | bernhard.schossig@web.de

Oranienburg, 6. Oktober 2007

Workshop »Häftlingszwangsarbeit und Rüstungsindustrie in Außenlagern der Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen«

Ort: Besucherinformationszentrum in Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Veranstalter: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Dr. Horst Seferens, Heinrich-Grueber-Platz, 16515 Oranienburg

Tel. (03301) 810920 | Fax (03301) 810926

www.stiftung-bg.de | seferens@stiftung-bg.de

Yad Vashem, 7.-11. Oktober 2007

Internationaler Workshop »Neue Forschungen zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust«

Ort: Yad Vashem

Veranstalter: Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Agnes Schuler,

Tel. (0761) 2033439 | Fax (0761)2033504

nng@geschichte.uni-freiburg.de

Berlin, 2. November 2007

Tagung »Zeitgeschichte interkulturell – Historisch-politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft« – 4. Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung

Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V.

Veranstalter: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V.,

Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

Tel. (030) 75008400 | Fax (030) 75446634

www.enm-berlin.de | enm-berlin@gmx.de

Bonn, 22.- 24. November 2007

Werkstatt »Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen zum Nationalsozialismus«

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW,

Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen

Tel. (0201) 227982 | www.hu-bildungswerk.de | buero@hu-bildungswerk.de

Ausstellungen

Dresden, 23. Oktober 2007

»Johanna Krause – Zwei Mal verfolgt. Überleben im
Nationalsozialismus und im Kommunismus«

Ort: Jüdische Gemeinde, Hasenberg 1, 01067 Dresden

Veranstalter: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Dr. Horst Seferens,
Heinrich-Grueber-Platz, 16515 Oranienburg

Tel. (03301) 810920 | Fax (03301) 810926

www.stiftung-bg.de | seferens@stiftung-bg.de

Einzelveranstaltungen

Oranienburg, 23. August 2007

Vortrag und Buchpremiere »Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen«

Referent: Dr. Michael Wunder (Hamburg)

Beginn 18 Uhr

Ort: Besucherinformationszentrum in Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Veranstalter: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Dr. Horst Seferens,
Heinrich-Grueber-Platz, 16515 Oranienburg

Tel. (03301) 810920 | Fax (03301) 810926

www.stiftung-bg.de | seferens@stiftung-bg.de

Berlin, 9. September 2007

Lesung »Leon Szalet: Baracke 38. 237 Tage in den ›Judenblocks‹ des
KZ Sachsenhausen« mit Michael Mendl und anschließendem Gespräch mit
Dr. Adam König, Überlebender des KZ Sachsenhausen

Beginn 11 Uhr

Ort: Berlin, Corastraße 1

Veranstalter: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Straße der Nationen 22,
16515 Oranienburg

Tel. (03301)2000 | Fax (03301) 200201

www.stiftung-bg.de | besucherdienst@gedenkstaette-sachsenhausen.de

Oranienburg, 8. November 2007

Vortrag »Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte,
aber jeder wissen konnte«

Referent: Dr. Bernward Dörner (Berlin)

Beginn: 18 Uhr

Ort: Besucherinformationszentrum in Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Veranstalter: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Dr. Horst Seferens,
Heinrich-Grueber-Platz, 16515 Oranienburg

Tel. (03301) 810920 | Fax (03301) 810926

www.stiftung-bg.de | seferens@stiftung-bg.de

*Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief
Nr. 139/2007 ist der 30. September 2007. Hinweise werden berücksichtigt sofern*

Literatur

50 Klassiker der Zeitgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2007. ISBN 978-3-525-36024-8

Adamo, Hans: Natzweiler-Struthof: regards au-delà de l'oubli, Blicke gegen das Vergessen. Essen: Klartext-Verl., 2002. ISBN 3-89861-092-6

Adler, H. G.: Der verwaltete Mensch: Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland/ H. G. Adler. Tübingen: Mohr, 1974. ISBN 3-16-835132-6

Angriff auf die Avantgarde: Kunst und Kunstpolitik im Nationalsozialismus. Berlin: Akademie Verlag, 2007. (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst«; 1). ISBN 978-3-05-004062-2

Anti-Semitism: prejudices in past and present. Warsaw: OSCE, [2007] (Teaching materials on the history of Jews and Anti-Semitism in Europe).

Arendt, Hannah: Denken ohne Geländer: Texte und Briefe. München; Zürich: Piper, 2006. (Serie Piper; 4823). ISBN 978-3-492-24823-5

Anti-Semitism: prejudices in past and present. Warsaw: OSCE, [2007]. (Teaching materials on the history of Jews and Anti-Semitism in Europe).

Bartels, Ulrike: Die Wochenschau im Dritten Reich: Entwicklung und Funktion eines Massenmediums unter besonderer Berücksichtigung völkisch-nationaler Inhalte. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, 2004. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 995). Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 1996. ISBN 3-631-52570-2

Beiträge zur Geschichte des Strafvollzuges und der politischen Strafjustiz in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Ingo Koch Verl., 2006. ISBN 978-3-938686-74-4

Berichte aus der Abwurfzone: Ausländer erleben den Bombenkrieg in Deutschland 1939 bis 1945. Frankfurt am Main: Eichborn, 2007. (Die andere Bibliothek; 266). ISBN 978-3-8218-4583-8

Bildungsstandards Geschichte: Rahmenmodell Gymnasium 5. – 10. Jahrgangsstufe. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl., 2006. (Studien des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands). ISBN 978-3-89974-297-8

Brakelmann, Günter: Helmuth James von Moltke: 1907-1945; eine Biographie. München: Beck, 2007. ISBN 978-3-406-55495-7

Brandt, Susanne: Ich bin eine freie Friesentochter: Menna Steen – eine Pfarrfrau im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. 2. Aufl. Leer: Hebus-Verl., 2004. ISBN 3-935083-21-1

Brenner, Henny: Das Lied ist aus: ein jüdisches Schicksal in Dresden. Dresden: ddp goldenbogen, 2005. ISBN 3-932434-25-0

Buchholz, Wolfhard: Die Ausgrenzung der Juden in der Tagespresse des Dritten Reiches (1933-1941): eine Dokumentation. Frankfurt am Main: Lang, 2007. ISBN 978-3-631-55785-3

Diktatur und Diskurs: zur Rezeption des Totalitarismus in den Geisteswissenschaften. Zürich: Orell Füssli, 2005. (Kultur – Philosophie – Geschichte; 4). ISBN 3-280-06064-8

Dokumentation Nationalsozialismus in Hilden 1918–1945. Hilden: Stadtarchiv Hilden.

Endlich, Stefanie: »Vernichtung«, »Giftschrank«, »zweifelhafte Fälle«: Vorgeschichte und Folgen der Bücherverbrennung für jüdische Autoren, Verleger, Buchhändler und Bibliothekare. Berlin: Hentrich & Hentrich, 2007. (Gegen Vergessen u. Verdrängen; 3). ISBN 978-3-938485-48-4

Erinnerung bewahren: Sklaven- und Zwangsarbeiter des Dritten Reiches aus Polen 1939-1945. Berlin: Stiftung »Polnisch-Deutsche Aussöhnung«, 2007. ISBN 978-83-922446-0-8

Erl, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen: eine Einführung. Stuttgart; Weimar: Metzler, 2005. ISBN 3-476-01893-8

»Euthanasie« vor Gericht: die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim OLG Frankfurt/M. gegen Dr. Werner Heyde u.a. vom 22. Mai 1962. Berlin: BWV, Berliner Wiss.-Verl., 2005. (Juristische Zeitgeschichte/ 1; 17). ISBN 3-8305-1047-0

Friedhof für 53 ungarische Jüdinnen in Sülstorf: zur Geschichte einer kleinen Gedenkstätte.

- Rostock: Ingo Koch Verl., 2007.
ISBN 978-3-938686-76-6
- Friedrich, Thomas: Die missbrauchte Hauptstadt: Hitler und Berlin. Berlin: Propyläen, 2007.
ISBN 978-549-07196-0
- Herwig, Oliver: Jüdisches Zentrum München. Berlin: Stadtwandel, 2007.
(Die Neuen Architekturführer; 102).
ISBN 978-3-86711-005-1
- Herzog, Rudolph: Heil Hitler, das Schwein ist tot!: lachen unter Hitler; Komik und Humor im Dritten Reich. Frankfurt am Main: Eichborn, 2006.
ISBN 978-3-8218-0773-7
- Holzer, Anton: Die andere Front: Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg; mit unveröffentlichten Originalaufnahmen aus dem Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek. Darmstadt: Primus-Verl., 2007.
ISBN 978-3-89678-338-7
- Horndasch, Matthias: Spuren meines Vaters: das Zeitzeugnis der Ruth Gröne, geb. Kleeberg. Hannover: Region Hannover, 2006. (Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem; 5).
ISBN 3-00-020565-9
- Jäger, Jens: Verfolgung durch Verwaltung: internationales Verbrechen und internationale Polizeikooperation; 1880 – 1933. Konstanz: UVK-Verl.-Ges., 2006.
Zugl.: Köln, Univ., Habil.-Schr., 2004.
ISBN 3-89669-568-1
- Kohl, Paul: Das Vernichtungslager Trostenez: Augenzeugenberichte und Dokumente. Dortmund: IBB, 2003.
ISBN 3-935950-07-1
- Kukatzi, Bernhard : Jüdisches Leben in der Pfalz. Erfurt: Sutton Verlag, 2007. (Die Reihe Archivbilder)
ISBN 3-89702-756-9
- Kronenkreuz und Hakenkreuz: biographische Skizzen zu Diakonie und Nationalsozialismus; Dokumentation der Fachtagung der Arbeitsgruppe Diakoniegeschichte 08.05.2003, Villa ten Hompel, München. Münster 2003.
- Lebenswege unter Zwangsherrschaft: Beiträge zur Geschichte Braunschweigs im Nationalsozialismus. Braunschweig: Appelhans Verl., 2007.
ISBN 978-3-937664-59-0
- Lillteicher, Jürgen: Raub, Recht und Restitution: die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein, 2007. (Moderne Zeit; 15).
Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 2002.
ISBN 978-3-8353-0134-4
- Lübbe, Hermann: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger: über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten. München: Fink, 2007. ISBN 978-3-7705-4491-2
- Meckel, Christoph: Suchbild: über meinen Vater. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2005.
ISBN 3-596-16162-2
- Medien des kollektiven Gedächtnisses: Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifität. Berlin; New York: de Gruyter, 2004. (Media and cultural memory; 1).
ISBN 3-11-018008-1
- Müller, Tobias: Recht und Gemeinschaft: zu den Interdependenzen zwischen Rechtspolitik und (instrumentalisierter) öffentlicher Meinung im Nationalsozialismus auf Grundlage der Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hamburg: Kovac, 2001. (Rechtsgeschichtliche Studien; 1).
Hochschulschrift: Hannover, Univ., Diss., 2000.
ISBN 3-8300-0457-5
- Munk, Jan: 60 let Památníku Terezín = 60 years of the Terezín Memorial. Terezín: Oswald Publishers, 2007.
- The neighbours who dissapeared: a collection of the memories people have of Litomysl Jews compiled by the pupils of the Zámecká Basic School in Litomysl. Litomysl: Zámecká Basic School, 2006.
- Nickolai, Werner/Brumlik, Micha (Hrsg.): Erinnern, Lernen, Gedenken. Perspektiven der Gedenkstättenpädagogik (mit Beiträgen von: Stephanie Bohlen, Micha Brumlik, Georg Hüßler, Jürgen Klinsmann, Henry Lehmann, Max Mannheimer, Werner Nickolai, Krystyna Oleksy, Michael Steinbrecher, Christoph Steinebach, Leszek Szuster, Wilfried Telkämper, Wolfgang Thierse). Freiburg: Lambertus, 2007.
ISBN 978-3-7841-1776-8
- Pierik, Perry: From Leningrad to Berlin: Dutch Volunteers in the Service of the German Waffen-SS 1941-1945; the political and military history of the legion, brigade and division known as »Nederland«. Soesterberg: Aspekt, 2001.
ISBN 90-75323-02-6
- RaBloff, Steffen: Fritz Sauckel: Hitlers »Muster-Gauleiter« und »Sklavenhalter«. Erfurt: LZT, 2007. (Thüringen gestern & heute; 29).
ISBN 978-3-937967-18-9

Restitution and memory: material restoration in Europe. New York; Oxford: Berghahn Books, 2007.
ISBN 1-84545-2208
Schröder, Regine: Erinnerungen, Identitäten und Engagement: interkulturelle Erfahrungen junger Erwachsener in bi- und trilateralen Freiwilligendienstprogrammen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Frankreich und Großbritannien. Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. ISBN 3-89246-047-7

Teitelbaum, Raul: Holocaust gold: from the victims to Switzerland; trails of the Nazi plunder. Tel Aviv: Moreshet, 2001.
ISBN 965-7026-42-3

Tulkoff, Alec S.: Counterfeiting the Holocaust: a historical and archival examination of Holocaust artefacts. Atglen, PA: Schiffer Military History, 2000.
ISBN 0-7643-1109-3

Der Umgang mit Geschichte an Gedenkstätten: Anregungen zur De-Konstruktion. Neuried: ars una, 2006 (Themenhefte Geschichte; 6).
ISBN 978-3-89391-782-2

Unger, Joachim: Die sächsische Schutzpolizei zwischen 1919 und 1933. Marburg: Tectum Verl., 2005. Hochschulschrift: Dresden, Univ., Diss., 2005. ISBN 3-8288-8861-5

»Unser Schicksal – eine Mahnung für euch«: Majdanek/Polen – Geschehen und Gedenken. Bielefeld, 2006.

Ustorf, Werner: Sailing on the next tide: missions, missiology, and the Third Reich. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang, 2000. (Studies in the Intercultural History of Christianity; 125).
ISBN 3-631-37060-1

Gedenkstätten im Internet

GedenkstättenForum ■ www.gedenkstaettenforum.de

Seit 2002 ist das Gedenkstätten Forum im Internet. Das von der Stiftung Topographie des Terrors konzipierte Online-Forum wurde auf die speziellen Bedürfnisse der Gedenkstätten zugeschnitten und dient als interaktive Kommunikations-Plattform mit: Täglicher Presseschau, Veranstaltungshinweisen, Hinweisen und Besprechungen von Publikationen, Beiträgen des GedenkstättenRundbriefs, Projekthinweisen, PublicNewsgroup, Netzwerkforum, Linksammlung, IC MEMO.

Internationale Gedenkstättenübersicht ■ www.gedenkstaetten-uebersicht.de

Eine weltweite Gedenkstättenübersicht der bedeutendsten Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen, erweitert die seit fünf Jahren zu Deutschland bestehende Übersicht. Dieser bisher einzigartige Überblick ist nach Kontinenten und Ländern sowie inhaltlichen Kriterien sortiert.

Die Einzeldarstellungen der Gedenkstätten bieten kurze historische Informationen zu den jeweiligen Orten, eine Beschreibung der Tätigkeiten der Einrichtungen, Links zu den Homepages, Anfahrtshinweise sowie Adressen. Neben diesen Darstellungen werden auch die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Erinnerungsorte sichtbar. Die internationale Gedenkstättenübersicht der Stiftung Topographie des Terrors bietet grundlegende Informationen ebenso wie sie die Basis für eine weltweite Vernetzung der Gedenkorte darstellt. Die englische Sprachfassung ist direkt zu finden unten *www.memorial-museums.net*.

Gedenkkulturen – ein Netzwerk ■ www.cultures-of-remembrance.net

Die Homepage »Gedenkkulturen – ein Netzwerk« der Stiftung Topographie des Terrors bietet – über Landesgrenzen hinweg – die Basis für einen Dialog zu den verschiedenen Erinnerungskulturen. Anhand von kurzen Überblickstexten werden die Erinnerungsdiskurse in zahlreichen Ländern aufgezeigt und durch wissenschaftliche Abhandlungen ergänzt. Anhand von Stichworten lassen sich die Texte aus verschiedenen Ländern miteinander in Beziehung setzen. Jeder Leser kann unmittelbar Kommentare zu den Beiträgen abgeben.

Ein Glossar ergänzt die Darstellung. Um eine breite und internationale Leserschaft zu erreichen sowie eine Diskussion untereinander zu ermöglichen, sind die Texte in der Regel in Englisch, zumeist in den jeweiligen Landesprachen und teilweise auch in Deutsch veröffentlicht.

Stiftung Topographie des Terrors ■ www.topographie.de

Die Webseite der Stiftung Topographie des Terrors bietet historische Informationen zu den Zentralen des NS-Terrors auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« in Berlin sowie zur Entwicklung der Stiftung und zum Dokumentationszentrum. Darüber hinaus bietet die Homepage Hinweise zu Veranstaltungen, Sonderausstellungen, Publikationen und ein Ausstellungstagebuch. Die Beiträge sind in deutsch und englisch verfü-